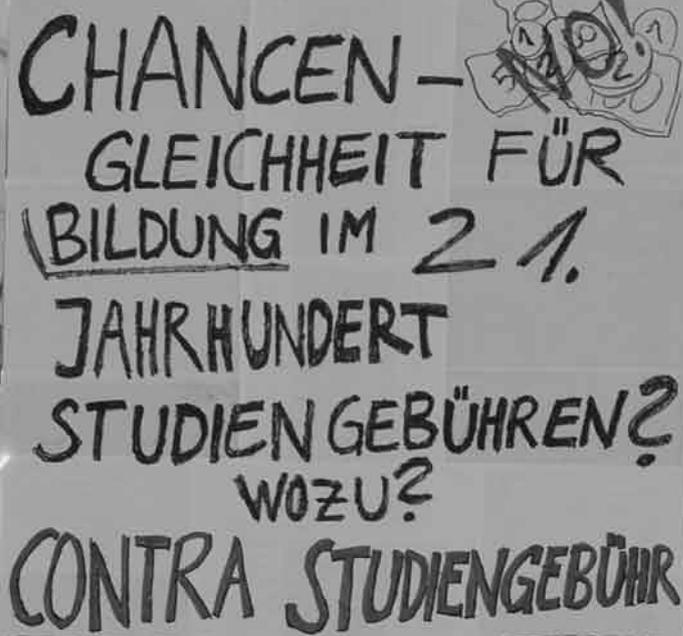


Studieren heute

A large white sign held by a man in the center of the image. The sign has handwritten text in black ink. At the top right of the sign is a small drawing of a person's face with a question mark above it. The text on the sign reads: 'CHANCEN - GLEICHHEIT FÜR BILDUNG IM 21. JAHRHUNDERT STUDIEN GEBÜHREN? WOZU? CONTRA STUDIEN GEBÜHR'.

CHANCEN -
GLEICHHEIT FÜR
BILDUNG IM 21.
JAHRHUNDERT
STUDIEN GEBÜHREN?
WOZU?
CONTRA STUDIEN GEBÜHR

A white sign held by a person in the background on the left. It has handwritten text in black ink that reads: 'In der für die...'.

In der
für die

DDSD

Zeitschrift
der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Bayern

November
2011

Studieren heute

- 3 Kein Licht am Ende des Tunnels**
Studienplatzmangel und Zulassungschaos – Bund und Länder müssen handeln
von Andreas Keller
- 5 Erst studieren, dann zahlen**
von Bernd Kramer
- 7 Studiengebühren abschaffen – BAföG ausbauen und verbessern!**
Die Position der GEW
- 8 Plädoyer für einen radikalen Perspektivenwechsel**
Ist die Forderung nach einer elternunabhängigen Förderung per se emanzipatorisch?
von Klemens Himpele
- 10 Welcome or not?**
Arbeitsmarktchancen des Bachelor
Jens Wernicke interviewt Prof. Dr. Christian Scholz
- 12 ErzieherIn – ein Beruf mit Zukunft**
von Bernhard Eibeck
- 15 Warum als Studentin und Student in die GEW?**
von Ludwig Würfl
- 17 Freundschaft bis zum Tode**
Kritik an studentischen Verbindungen
von Michael Mende

Arbeitsplatz Hochschule

- 19 Traumjob Wissenschaft?**
Prekäre Beschäftigung gibt es auch an Hochschulen
von Markus Zaglmann
- 20 Möglicher Weg einer Dienstvereinbarung Probephase – Evaluierung – Neufassung**
Doro Weniger interviewt Elke Karrenberger und Rüdiger Wetzl von der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz

Rubriken

- 22 Gehobene Küche, kunstvoll präsentiert**
Eine Glosse von Gabriele Frydrych
- 23 Dies und Das**
- 25 Veranstaltungen**
- 27 Glückwünsche und Dank**
- 28 Kontakte**

**Telefonische Sprechzeiten der GEW-Rechtsstelle
mit Beratung für GEW-Mitglieder:
Mo und Do von 13.00 - 16.00 Uhr,
Tel.: 0 89-54 37 99 59
Bitte Mitgliedsnummer bereithalten!**

Ab _____ gilt folgende Änderung (meiner Adresse, Bankverbindung, Eingruppierung, Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle, GEW-Funktion ...)

Name:

Mitgliedsnummer:

Änderung:

Bitte zurück an GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München
Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger Beitrag (wenn es uns mitgeteilt wird!). Wer unter dem satzungsgemäßen Beitrag liegt, verliert seinen gewerkschaftlichen Rechtsschutz!

Studieren gestern – das Schwerpunktthema dieses Heftes weckt Assoziationen und Erinnerungen. Ein persönlicher Rückblick sei deshalb erlaubt, weil er die Hürden des Bildungssystems der BRD paradigmatisch aufzeigt. Im Alter von zehn Jahren empfohlen der Gymnasium, wollte ich nicht. Schule war schrecklich: prügelnder Lehrer, öder Unterricht. Sechs Jahre später, nach dem Mittelschulabschluss, wollte ich dann, denn eine wunderbare Lehrerin hatte in mir die Lust an Lernen und Wissen geweckt. Aber »Mädchen brauchen kein Abitur!« hieß es, deshalb absolvierte ich eine Lehre – was Reelles also, das die Frau ernährt. Nach der Gesellenprüfung wagte ich noch einen Versuch, denn dank »Sputnik-Schock« hatte die sozialliberale Koalition 1969 die Möglichkeit des Fachabiturs geschaffen. Aber der Vater verweigerte jegliche finanzielle Unterstützung. BAföG gab es erst ein paar Jahre später. Also kein Abitur! Und ohne Abitur kein Studium. Da begrub ich diesen Traum und suchte mir Lebenssinn in Bereichen außerhalb jener tristen Broterwerbs-Sphäre, die sich »freie Wirtschaft« nennt und der ich unterworfen blieb. Fast 20 Jahre später stieß ich dann durch Zufall auf die Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) in Hamburg, die kein Abitur voraussetzte, sondern Berufserfahrenen ein Studium mittels Aufnahmeprüfung möglich machte. Ich bestand diese, aber wovon sollte ich leben? Für BAföG war ich mit 38 zu alt. Außerdem wurde es zu dieser Zeit nur als Darlehen gewährt. Keine gute Grundlage bei unsicherer Erwerbsperspektive. Die Hans-Böckler-Stiftung half und gewährte ein Stipendium – so konnte ich 1988 an der von den Gewerkschaften ehemals mit gegründeten Hochschule studieren. Wunderbare neue Welten taten sich für mich auf. Denn ich hatte während meines Studiums nicht nur die Möglichkeit, mir Antwort auf all jene Fragen zu suchen, die sich in einem relativ langen Berufsleben und durch gesellschaftspolitisches Interesse in mir angesammelt hatten. Ich bekam durch gute kritische DozentInnen auch viele Anregungen, mich neuen Fragestellungen zu widmen. Denn ich studierte noch im Rahmen eines Diplomstudienganges. Keine Credit Points, kein Prüfungs-marathon, keine Hetze von einer Klausur in die nächste. Viel Zeit war, um den eigenen Kopf zu benutzen, das wurde sogar erwartet. Ich konnte die Vorlesungen und Seminare besuchen, die mich interessierten und von denen ich mir die Antwort auf meine Fragen versprach. Trotz dieser Freiheit schloss ich mit dem zweiten Diplom (HWP-Spezifika!) mein Studium nach exakt neun Semestern ab. Alles gut, könnte ich sagen. Ja, für mich schon. Aber die Bedingungen, denen Studierende sich heute unterwerfen müssen, machen mich wütend. Sie verhindern das Beste, was einem Land passieren kann: dass sich mündige, kritische, denkende, wissende und urteilsfähige BürgerInnen entwickeln. Die GEW kämpft dafür, dass dies wieder möglich wird. Karin Just

Folgende Themen sind in Planung. Beiträge dazu und weitere Vorschläge sind erwünscht:

Dezember: Gesundheit, Januar/Februar: Schulsozialarbeit und Tarifpolitik, März evtl. Geschlechterfragen im pädagogischen Kontext

Impressum:

DDS • Die Demokratische Schule • **Herausgeber:** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Bayern, Geschäftsstelle: Schwanthalerstr. 64, 80336 München, ☎ 0 89-5 44 08 10 • Fax: 0 89-5 38 94 87 • E-Mail: info@gew-bayern.de • www.gew-bayern.de
Redaktionsleiterin: Karin Just, Kidlerstr. 41, 81371 München ☎ 0 89-51 00 91 02 oder über die Geschäftsstelle der GEW erreichbar ☎ 0 89-5 44 08 10 • Fax: 0 89-5 38 94 87 E-Mail: Karin.Just@gew-bayern.de

Redaktionelle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: Verena Escherich, Hannes Henjes, Petra Nalenz, Gele Neubäcker, Ute Schmitt, Schorsch Tillmann, Dorothea Weniger, Wolfram Witte
Gestaltung: Karin Just

Bildnachweis: (soweit nicht beim Foto berücksichtigt); Titel und andere: Karin Just
Druck: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München ☎ 0 89-5 02 99 94

Anzeigenannahme: über die Redaktionsleitung

Anzeigenverwaltung: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München ☎ 0 89-5 02 99 94, E-Mail: team@druckwerk-muenchen.de

Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 12 vom 1.1.2003 gültig.

Mit Namen oder Namenszeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden VerfasserInnen dar und bedeuten nicht ohne Weiteres eine Stellungnahme der GEW Bayern oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich 21 EUR zuzüglich Porto, der Preis der Einzelnummer 2,50 EUR zuzüglich Porto.

Die DDS erscheint monatlich mit Ausnahme der Monate Januar und August.

Adressenänderung: Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.

Redaktions- und Anzeigenschluss: jeweils am 6. des Vormonates

Kein Licht am Ende des Tunnels

Studienplatzmangel und Zulassungschaos – Bund und Länder müssen handeln

Schon einmal sollte ein »Studentenberg untertunnelt« werden. Mit ihrem »Öffnungsbeschluss« von 1977 erklärten die Ministerpräsidenten der damaligen Bundesrepublik den drastischen Anstieg der Studierendenzahlen zu einem demografischen Übergangsproblem. Bekanntlich kam es anders: Dem Gipfel folgte ein Hochplateau. Statistisch gesehen teilen sich seitdem zwei Studierende einen Studienplatz.

Fast 35 Jahre später hat sich eine noch dramatischere Konstellation zusammengebraut: Die geburtenstarken Jahrgänge der neunziger Jahre strömen an die Hochschulen. Hinzu kommen die Auswirkungen der Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur auf zwölf Jahre in fast allen westdeutschen Ländern – sowie in jenen ostdeutschen Ländern, die diese nach 1990 nicht verlängert hatten. Unerwartet sorgt außerdem die Aussetzung der Wehrpflicht dafür, dass bis zu 70.000 Studienberechtigte vorzeitig an die Hochschulen strömen.



Foto: imago/biky

kurzfristige Aufstockung des Hochschulpakts um 300 Millionen Euro.

Egal welche Prognose am Ende zutreffend ist: Völlig unstrittig ist inzwischen, dass Deutschland nicht etwa zu viele Akademikerinnen und Akademiker hat, sondern in Zukunft deutlich mehr braucht. In den Mitgliedsstaaten der OECD nehmen inzwischen im Durchschnitt 59,3 Prozent eines Altersjahrgangs ein Hochschulstudium auf, in Deutschland sind es gerade mal 39,7 Prozent. Das hat die OECD in ihrer soeben veröffentlichten Studie »Bildung auf einen Blick 2011« unter der Überschrift »Deutschlands Beitrag zum weltweiten Pool an Talenten schrumpft rapide« angeprangert. In Deutschland droht ein dramatischer Mangel an qualifizierten Fachkräften, wenn die Politik nicht endlich gegensteuert und die Hochschulen für deutlich mehr junge Menschen öffnet.

Hochschulpakt unterfinanziert

Inzwischen versuchen Bund und Länder zwar mit dem »Hochschulpakt 2020« gegenzusteuern: Von 2007 bis 2010 sollten 90.000, 2011 bis 2015 dann sogar 275.000 zusätzliche Studienanfängerplätze eingerichtet werden. Unter Experten gilt es inzwischen aber als ausgemacht, dass der Bedarf an zusätzlichen Studienplätzen deutlich höher liegt – der Hochschulpakt ist unterfinanziert. Das Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie (FiBS) hat bereits 2010 einen Fehlbedarf von 437.000 Studienanfängerplätzen ermittelt. Der Unterschied zu den offiziellen Bundesländer-Zahlen ist damit zu erklären, dass das FiBS von einer höheren Bereitschaft der Studienberechtigten, ein Studium aufzunehmen, ausging als die Kultusministerkonferenz. Die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) und die Arbeitgeberverbände BDA und BDI gehen allein für 2011 von 50.000 fehlenden Studienplätzen aus und fordern eine

Bayern sitzt Probleme aus

In Bayern dürfte es im kommenden Wintersemester besonders eng werden, da die doppelten Abiturjahrgänge heuer die Gymnasien verlassen haben – G8- und G9-Abiturientinnen und Abiturienten strömen gleichzeitig an die Universitäten und Fachhochschulen. In ihrem Koalitionsvertrag haben CSU und FDP daher zurecht über den Hochschulpakt hinaus weitere 10.000 Studienplätze in Aussicht gestellt, allerdings unter Finanzierungsvorbehalt – eine verhängnisvolle Einschränkung. Am 19. Juli 2011 kündigte Wissenschaftsminister Wolfgang Heubisch (FDP) an, dass er dieses Versprechen 2012 einfordern werde – »sollte es notwendig sein«.

Diese Strategie des Aussitzens ist genau das falsche Signal an die vielen jungen Menschen, die heute überlegen, ob sie morgen wirklich ein Studium aufnehmen sollen. Zweifel am Bachelor, Studiengebühren, volle Hörsäle – viele Studienberechtigte überlegen sich sehr gründlich, ob sie sich auf das Wagnis Hochschule einlassen sollen. Wer jetzt auch

noch Unsicherheit darüber verbreitet, ob morgen noch genügend Studienplätze bereit stehen, erstickt das Interesse am Hochschulstudium zusätzlich. Oder, in den Worten von Nicole Gohlke, der hochschulpolitischen Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag: »Mangel ist vorprogrammiert. Die bayerische Staatsregierung hat kein Interesse an einer Bildungsexpansion. Der Koalitionsvertrag ist das Papier nicht wert, auf dem er steht.«

Chaos in der Hochschulzulassung

Hinzu kommt das nicht enden wollende Chaos in der Hochschulzulassung: Auch in diesem Wintersemester werden an vielen deutschen Hochschulen in zulassungsbeschränkten Studiengängen tausende Studienplätze unbesetzt bleiben – obwohl in denselben Studiengängen Bewerberinnen und Bewerber am Numerus Clausus scheitern und leer ausgehen.

Hintergrund dafür ist, dass die Länder auf Druck der Hochschulen die Hochschulzulassung mehr und mehr dezentralisiert haben. Die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) wurde per Länder-Staatsvertrag in die »Stiftung für Hochschulzulassung« umgewandelt. Diese verwaltet aber nur noch wenige Studiengänge zentral: Pharmazie, Medizin, Zahnmedizin und Tiermedizin. Für alle anderen Studiengänge müssen sich die Studienberechtigten direkt bei der jeweiligen Hochschule bewerben – auch dann, wenn ein sehr starker Bewerberüberhang besteht. Zur Sicherheit bewerben sich viele Studierwillige gleich bei mehreren Hochschulen – wer wollte es ihnen verdenken? Erhalten sie auch einen mehrfachen Zuschlag, können die Hochschulen die am Ende nicht angenommenen Studienplätze häufig nicht mehr nachbesetzen.

Für die GEW ist das ein untragbarer Zustand. Nicht nur in bildungspolitischer, sondern auch in verfassungsrechtlicher Hinsicht. In seinem richtungsweisenden Numerus-Clausus-Urteil hat das Bundesverfassungsgericht 1971 unmissverständlich klar gemacht, dass das Grundrecht der Berufswahlfreiheit (Artikel 12 des Grundgesetzes) auch ein Recht auf Hochschulzulassung einschließt. Das bedeutet: Die Hochschulen dürfen Studienbewerberinnen und Studienbewerber erst dann abweisen, wenn ihre Ausbildungskapazitäten nachweislich ausgeschöpft sind.

Der Bund muss eingreifen

Auch beim Thema Zulassungschaos agiert die Bundesbildungsministerin bislang hilflos. Sie appelliert an die Vernunft der Hochschulen und setzt auf eine freiwillige Lösung. Daraufhin hat die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) eine Studienplatz-Tauschbörse eingerichtet. Doch nur ein Teil der freien Studienplätze wird dort angeboten. Etliche Hochschulen versäumen regelmäßig Fristen, andere nutzen die Internetplattform erst gar nicht. Kritiker sprechen bereits despektierlich von einem »Studienplatz-eBay«.

Die Tauschbörse sollte ja eigentlich auch nur die Wartezeit überbrücken, bis die Telekom-Tochter T-System eine Software für das von der Hochschulrektorenkonferenz befürwortete »Dialogorientierte Zulassungsverfahren« entwickelt hat. Das neue System sollte im Wintersemester 2011/12 starten, der Starttermin wurde dann aber kurz davor um ein Jahr verschoben. Insider befürchten, dass auch der Ersatztermin Wintersemester 2012/13 nicht eingehalten werden kann. Und selbst wenn das Verfahren irgendwann funktionierte – seine prinzipielle Schwäche bliebe bestehen: Die Beteiligung am Verfahren ist für die Hochschulen freiwillig; die Vergabeentscheidungen des Systems bleiben für die in Zulassungsfragen autonome Hochschule unverbindlich.

Es ist zu befürchten, dass nicht alle Hochschulen darüber unglücklich sind, dass ihre Studienplätze nicht alle vergeben werden können. Einige RektorInnen und PräsidentInnen träumen von der »Elite-Universität«, die sich ganz auf die Spitzenforschung konzentriert und sich auf diese Weise die vielen lästigen Studierenden vom Leibe halten kann. Von alleine werden die Hochschulen daher nicht auf eine schnelle Problemlösung dringen. Es ist also höchste Zeit für ein Bundeshochschulzulassungsgesetz, das bundesweit alle Hochschulen zur Teilnahme an einem zentralen Vergabeverfahren verpflichtet. Seit der letzten Föderalismusreform feiert der Bildungsföderalismus fröhliche Urstände – der Gesetzgeber war aber so vorausschauend, dem Bund eine Gesetzgebungskompetenz für die Hochschulzulassung zu geben. Wann, wenn nicht jetzt, sollte der Bund von dieser Kompetenz Gebrauch machen?

Öffnung der Hochschulen

Dem internationalen Trend, wonach das Hochschulstudium mehr und mehr zur Regelausbildung für eine wachsende Mehrheit junger Menschen wird, kann sich auch Deutschland nicht länger verschließen. Wir brauchen daher eine Öffnung der Hochschulen – nicht nur durch deutlich mehr Studienplätze, sondern auch durch ein funktionierendes Zulassungssystem, das sicherstellt, dass alle Studienplätze vergeben werden, bevor Studienberechtigte abgewiesen werden müssen.

Das liegt eigentlich auf der Hand – bei den für den Hochschulpakt und die Hochschulzulassung verantwortlichen Regierungen scheint diese Einsicht jedoch noch nicht angekommen zu sein. Bund und Länder wiederholen den Fehler aus den siebziger und achtziger Jahren und setzen darauf, dass dem »Studentenberg«, einmal erklommen, irgendwann eine Talfahrt folgt. Und wieder werden sie vergeblich auf Licht am Ende des Tunnels unter dem Studentenberg warten.

von Andreas Keller

Leiter des Vorstandsbereichs Hochschule und
Forschung beim GEW-Hauptvorstand



Erst studieren, dann zahlen



Foto: Imago/Sommer

Ein Bundesland nach dem anderen schafft die Studiengebühren wieder ab. Die Unis bangen um Geld – aber es gibt eine Alternative, die sogar gerechter wäre

Es gibt Grund zum Feiern. 300 Studenten drängen sich im AstA-Café, Plakate an den Wänden erinnern an die Streiks und Hörsaalbesetzungen, eine nostalgische Reminiszenz an lange Schlachten, die geschlagen scheinen: Im Februar hat der nordrhein-westfälische Landtag beschlossen, dass ab dem Wintersemester keine Studiengebühren mehr anfallen.

Kaum eine Idee in der Hochschulpolitik ist mit so viel hochtrabendem Pathos begründet worden und dann so schnell so tief gefallen. Gerade einmal sechs Jahre nach der Einführung räumt nun ein Bundesland nach dem anderen die Studiengebühren wieder ab. Mit NRW wird nach einem Kleinkrieg zwischen Linken und der rot-grünen Minderheitsregierung jetzt das studentenreichste Bundesland gebührenfrei. In Baden-Württemberg soll das Bezahlstudium zum Sommersemester 2012 auslaufen. Den Anfang machte 2008 Hessen, wo die Campus-Maut selbst nach dem schwarz-gelben Wahlsieg nicht wieder eingeführt worden ist. Von den sieben Ländern, die sich einst für Gebühren entschieden, halten derzeit noch Bayern und Niedersachsen daran fest. Im Osten wurden sie selbst dort nie eingeführt, wo CDU und FDP regieren.

Nicht alle mögen auf das Gebühren-Ende anstoßen. Ulrich Müller, Experte am Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) bekennt: »Eine gewisse Enttäuschung kann ich nicht leugnen.« Kaum jemand hatte so vehement für die Gebühren geworben wie das von der Bertelsmann-Stiftung finanzierte CHE. Inzwischen räumt Müller ein, dass es nicht gelungen sei, den Nutzen zu vermitteln. Das Bezahlstudium, ein kommunikatives Desaster.

Kassiererin und Arztsohn

Das dürfte daran liegen, dass es stets viel Fantasie brauchte, um das feierlichste Argument der Gebührenbefürworter nachzuvollziehen: Es sei sozial ungerecht, dass die Kassiererin im Supermarkt mit ihren Steuern das Studium des Arztsohnes finanziere. Das stimmt zwar. Aber wenn die Kassiererin ihre Kinder wegen der Gebühren gar nicht erst an die Universität schickt, ist nicht viel mehr Gerechtigkeit gewonnen.

Nun muss man fairerweise dazu sagen, dass man nur schwer einschätzen kann, wie stark Gebühren Kinder aus bildungsfernen Familien tatsächlich von einem Studium abschrecken. Die Forscher des Hochschul-Information-Systems gehen in ihrer jüngsten Studie davon aus, dass mindestens drei Prozent aller Studienberechtigten den Unis

wegen der Gebühren ferngeblieben sind, aber acht Prozent derjenigen Abiturienten, deren Eltern selbst nicht studiert haben. Das mag nicht dramatisch klingen. Die meisten Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern scheitern allerdings schon viel früher, in der Schule. Wer es von ihnen bis zum Abitur schafft, beißt vielleicht eher die Zähne zusammen und berappt 500 Euro. Die meisten kommen gar nicht erst in die Situation, sich durch Studiengebühren abschrecken zu lassen.

BildungsökonomInnen diskutieren seit längerem eine Alternative, welche die Hochschulen für Kinder aus finanzschwachen Familien offen hält: eine einkommensabhängige Akademikerabgabe. Verschiedene Modelle kursieren, doch ihr Kern ist ähnlich: Jeder Absolvent zahlt nach dem Abschluss für eine bestimmte Zeit einen bestimmten Prozentsatz seines Einkommens an die Hochschule zurück. In Großbritannien schlug ausgerechnet die liberal-konservative Regierung im vergangenen Jahr ein ähnliches Konzept vor – und griff damit eine Forderung von Studentenvertretern auf. Hierzulande ist die Idee von der Politik bisher seltsam unberücksichtigt geblieben. Dabei wäre sie wirklich ein Schritt zu mehr Gerechtigkeit. Der Arztsohn muss seine Privilegien selbst mitfinanzieren und die Kassiererin könnte ihre Kinder trotzdem mit weniger Bedenken studieren lassen.

Wie eine Risikoabsicherung

»Ein solches Modell ist wie eine Risikoabsicherung«, sagt Dieter Dohmen, Leiter des privaten Forschungsinstituts für Bildungs- und Sozialökonomie. Das würde vor allem Abiturienten aus bildungsfernen Familien die Entscheidung erleichtern, in denen niemand die Kosten und Nutzen eines Studiums aus eigener Erfahrung abschätzen kann. Sie zahlen hinterher nur, wenn sie auch gut verdienen, und umso mehr, je besser sie verdienen.

Damit fängt die Akademikerabgabe ein weiteres Problem ab, zumindest teilweise. Seit Jahren driften in nahezu allen Industrieländern die Löhne auseinander, auch in Deutschland. Sozialwissenschaftler sind sich einig, dass Bildung eine der treibenden Kräfte dieser Entwicklung ist. Es sind vor allem die Einkommen der Akademiker, die den Verdiensten der übrigen Bevölkerung davoneilen. Wenn die SPD wie vor der Bundestagswahl 2009 einen Bildungssoli vorschlägt, geht sie von der gleichen Logik aus – nur dass bei einem Aufschlag auf die Einkommenssteuer niemand gewährleisten kann, dass das Geld wirklich in die Bildung fließt statt in Haushaltslöcher.

Zugegeben: Eine Akademikerabgabe allein bringt noch nicht die Arbeiterkinder an die Unis, die schon in der Schule aussortiert werden, sie allein kann kein schlechtes Steuersystem retten und mit ihr erübrigt sich keineswegs eine Debatte über die dringend nötige Vermögenssteuer. Die

Umverteilung, die sie erwirkt, ist klein und allenfalls eine Ergänzung. Aber es wäre ein Signal. Die Absolventenabgabe könnte tatsächlich ein Gerechtigkeitsprojekt werden, das Studiengebühren nie waren.

In Hamburg war man der Idee einer Akademikerabgabe zeitweise recht nahe. Die schwarz-grüne Koalition beschloss 2008, die Gebühren von 500 auf 375 Euro zu senken – und die Studenten erst nach ihrem Abschluss zur Kasse zu bitten. Dies auch nur dann, wenn sie im Jahr mehr als 30.000 Euro brutto verdienen. Nach dem Wahlsieg der SPD sollen die Gebühren nun jedoch ganz wegfallen. Für Bildungsökonom Dohmen ist das ein Schritt zurück mit ungewissen Folgen: »Die Tatsache, dass wir zu wenige Studienplätze haben und die Unis dringend Geld brauchen, wird bei der Abschaffung der Studiengebühren gefissentlich verdrängt.«

Anteilseigner an der Karriere

Allerorten versprechen die Landesregierungen den Hochschulen zwar Ausgleichszahlungen, allein NRW möchte sie mit 249 Millionen Euro jährlich für die wegfallenden Studiengebühren kompensieren. Aber was zählt ein solches Versprechen? Nicht nur Gebührenverfechter verweisen auf das Beispiel Hessen, wo die Landesregierung die Hochschulen zunächst entschädigte, aber kurz darauf den Wissenschaftsetat an anderer Stelle zusammenstrich.

Eine Akademikerabgabe flösse dagegen direkt an die Hochschulen und nicht erst in den Staatssäckel. Das hat sie mit den Studiengebühren gemeinsam. Aber anders als diese schafft sie einen wirklichen Anreiz, in die Verbesserung der Ausbildung zu investieren und nicht nur in hübsche neue Computerräume. »Die Universität würde gewissermaßen zum Anteilseigner an der Karriere ihrer Absolventen«, sagt der Kölner Personalwirtschaftsprofessor Dirk Sliwka, der die Wirkung einer Akademikerabgabe untersucht hat. Je erfolgreicher sie sich hinterher auf dem Arbeitsmarkt behaupten, desto stärker profitieren die Unis.

Bestenfalls bewegt das manche Hochschule dazu, sich mehr um die Sorgenkinder etwa in den Geisteswissenschaften zu kümmern, ihnen beim Berufseinstieg zu helfen. Schlimmstenfalls bildet sie statt Byzantinisten nur noch Betriebswirte aus, das wissen auch die Verfechter einer Akademikerabgabe. »Ohne eine Art Finanzausgleich zwischen den Fächern wird es nicht gehen«, sagt Sliwka. So verlockend das Konzept klingt – es umzusetzen wäre alles andere als unbürokratisch.

Aber das war bei Studiengebühren nie anders.

von Bernd Kramer

Volkswirt und freier Journalist

Dieser Artikel ist ein Nachdruck aus der Wochenzeitung »Freitag«.

www.freitag.de

Wir danken der Redaktion für die Nachdruckgenehmigung.

Die Position der GEW:

Studiengebühren abschaffen – BAföG ausbauen und verbessern!

Die GEW beharrt auf ihrer Forderung nach einer Gebührenfreiheit des Hochschulstudiums und fordert eine Verbesserung der Ausbildungsförderung, die zu einem elternunabhängigen Studienhonorar weiterzuentwickeln ist. Die Ausbildungsförderung muss bereits in der Sekundarstufe I ansetzen und ist um eine wirksame soziale Infrastruktur an den Hochschulen zu ergänzen.

Heute beziehen nicht einmal 20 Prozent der Studierenden Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG). Zusätzlich schrecken Studiengebühren Studienberechtigte von der Aufnahme eines Studiums ab und beeinträchtigen die Chancengleichheit im Studium.

Die GEW fordert daher eine Erneuerung der Studienfinanzierung, die auf einer Garantie der Studiengebührenfreiheit und einer leistungsfähigen Ausbildungsförderung beruht.

Die GEW lehnt Studiengebühren ohne Wenn und Aber ab – auch in Form von nachlaufenden Studiengebühren, Langzeitstudiengebühren, Verwaltungsgebühren oder Studienkonten. Studiengebühren stehen dem Ziel einer weiteren sozialen Öffnung der Hochschulen entgegen, weil sie auf bildungsbenachteiligte Schichten abschreckend wirken. Zusätzlich verstärken sie die soziale Bildungungleichheit im Studium, da sich die effektiven Studienkosten für Studierende aus einkommensschwächeren Herkunftsfamilien verteuern.

Durch Studienkredite wird die Chancenungleichheit in die Zeit nach Abschluss des Studiums hinein verlängert. Als Studiengebühren lehnt die GEW auch Gebühren und Kosten ab, die aufgebracht werden müssen, um zum Studium zugelassen zu werden.

Die GEW fordert den Erhalt und die Weiterentwicklung des BAföG als staatlich garantierte und über individuelle Rechtsansprüche geregelte Ausbildungsförderung. Wenn in Deutschland in Zukunft wie im Durchschnitt aller



Foto: Robert Michel

Industrielländer über 50 Prozent eines Altersjahrgangs ein Studium aufnehmen sollen, dann müssen auch die Mittel für die Ausbildungsförderung deutlich erhöht und die Förderungsstrukturen verbessert werden. Die GEW setzt sich für eine dynamische und regelmäßige Anpassung der Fördersätze im BAföG an die Lebenshaltungskosten und die Einkommensentwicklung ein. Um die soziale Durchlässigkeit beim Übergang zu den zur allgemeinen Hochschulreife führenden Schulen zu verbessern, muss die Ausbildungsförderung für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II an allgemeinbildenden Schulen wieder eingeführt werden.

Die GEW fordert, den Darlehensanteil im BAföG zugunsten eines nicht rückzahlungspflichtigen Zuschusses zurückzuführen, damit junge Menschen vom

»Studentenberg« aus nicht mit einem »Schuldenberg« ins Berufsleben starten müssen. Perspektivisch ist das BAföG auf diese Weise zu einem elternunabhängigen Studienhonorar für alle Studierenden weiterzuentwickeln.

Im Gegenzug sollten die ausbildungsbezogenen Leistungen des Familienlastenausgleichs (Kindergeld, Steuerfreibeträge usw.), die heute Eltern von Studierenden zugutekommen, in die Ausbildungsförderung integriert und damit direkt allen Studierenden ausgezahlt werden.

Damit Studieren gelingt, brauchen Studierende darüber hinaus eine gut ausgebaute soziale Infrastruktur, in- und ausländische Studierende brauchen qualifizierte Beratungsangebote, studierende Eltern ein bedarfsgerechtes und kostenfreies Bildungs- und Betreuungsangebot für ihre Kinder, Studierende mit Benachteiligungen, Behinderungen und chronischen Krankheiten eine »Enthinderung« ihrer Studienbedingungen durch Barrierefreiheit.

Aus dem wissenschaftspolitischen Programm der GEW:
http://www.gen.de/Das_wissenschaftspolitische_Programm_der_GEW.html



Plädoyer für einen radikalen Perspektivenwechsel

Ist die Forderung nach einer elternunabhängigen Förderung per se emanzipatorisch?

Die Forderung nach einer elternunabhängigen Studienförderung geht bis in die 1960er Jahre zurück, und die Debatte über die Verteilungswirkung eines solchen Modells lebt aktuell wieder auf. Eine elternunabhängige Studienfinanzierung würde Abschied von dem Prinzip nehmen, Kinder aus finanzschwachen Elternhäusern gesondert zu fördern. Allerdings wird diese Förderung schon heute ihrem Anspruch nicht gerecht. Das BAföG in seiner jetzigen Form ist eben nicht in der Lage, jedem und jeder unabhängig vom sozialen Hintergrund den Weg an die Hochschulen zu öffnen. Viel zu viele, die keine wohlhabenden Eltern haben, entscheiden sich Jahr für Jahr gegen ein Studium, weil sie ihren Lebensunterhalt schlicht nicht bestreiten können, weil sie anhand der zu engen Grenzen des BAföG nicht anspruchsberechtigt sind oder weil sie sich davor scheuen, sich für das Studium zu verschulden.

Mit einer elternunabhängigen Studienförderung würde unser Sozialstaat alle Studierenden als eigenständige Erwachsene anerkennen und aus der finanziellen Abhängigkeit von ihren Eltern befreien. Auf diesem Hintergrund drängt sich die Frage auf, warum eine elternunabhängige Finanzierung eine Sonderregelung für Studierende sein sollte und nicht auch für jene in einer vollzeitschulischen oder einer schlecht bezahlten dualen Ausbildung gelten müsste.

Klar ist: Elternunabhängige Bildungsfinanzierung kostet viel Geld. Ein Studienhonorar in Höhe von 762 Euro – was lt. der aktuellen Sozialerhebung des Studentenwerks den durchschnittlichen Lebenshaltungs- und Studienkosten ent-

spricht – kostet jährlich ca. 13 Mrd. Euro¹, wobei eine Ausweitung der Förderung auf SchülerInnen und Auszubildende noch nicht berücksichtigt ist.

Es geht um ein »Bildungsgeld«

Die Debatte müsste also über ein Bildungsgeld – in dem das Studienhonorar aufgeht – geführt werden. Ziel wäre, Bildungsförderung ab der Volljährigkeit² elternunabhängig zu gestalten. Ein solches »Erwachsenen-Bildungsgeld« würde die verschiedenen Bildungsbereiche nach den gleichen Maßstäben messen und zudem dem Anspruch genügen, dass junge Menschen mit der Volljährigkeit selbst die volle Verantwortung für die Gestaltung ihres eigenen Lebens übernehmen. Für die Lebenshaltungskosten minderjähriger Lernender stünden dagegen weiterhin die Eltern in der Verantwortung; der Staat würde nur dann zahlen, wenn sie hierzu nicht in der Lage sind.

Ein solches Bildungsgeld würde rund 3 bis 4,5 Mio. Lernenden zugute kommen und für die öffentliche Hand Mehrkosten von jährlich 24 Mrd. Euro bedeuten.

Eine Unabhängigkeit der Bildungsförderung vom Ein-

¹ Dieser Betrag setzt voraus, dass von den tatsächlichen Kosten (19,3 Mrd. Euro) die Kosten für den Zuschussanteil des BAföG sowie die Kosten für die steuerlichen Vorteile für Eltern studierender Kinder wegfallen.

² Die Altersgrenze der Volljährigkeit hätte den Charme, dass das Unterhaltsrecht grundsätzlich auf Kinder unter 18 Jahren beschränkt werden könnte und sich damit gleichzeitig die familienbezogenen Steuervorteile für die Eltern volljähriger Kinder streichen ließen.

kommen und Vermögen der Eltern bedeutet dabei nicht, dass das Bildungsgeld auch vom eigenen Einkommen und Vermögen unabhängig sein muss. Wer etwa ein Studium berufs begleitend absolviert und von seinem Einkommen gut leben kann, ist auf eine staatliche Förderung nicht angewiesen.

Richtig umverteilen!

Wenn die Mehrkosten von 24 Mrd. Euro jährlich durch eine Anhebung von (indirekten) Massensteuern finanziert würden, würde dies eine massive Umverteilung von unten nach oben bedeuten. Denn profitieren würden in erster Linie Lernende aus Elternhäusern mit mittleren oder hohen Einkommen – denn die anderen bekommen ja heute bereits BAföG –, die Massensteuern (insbesondere die Mehrwertsteuer) werden hingegen von allen bezahlt. Studierende und andere erwachsene Lernende würden sich zwar von ihren Eltern emanzipieren – allerdings auf Kosten einer fatalen gesamtgesellschaftlichen Umverteilung.

Eine sinnvolle Umsetzung einer elternunabhängigen Bildungsförderung erfordert also eine deutliche breitere Perspektive. Der gesamte Sozialstaat und seine Finanzierung sind hier in den Blick zu nehmen. Es geht insgesamt um eine Individualisierung des Sozialsystems. Leistungen und Belastungen für Erwachsene sollten grundsätzlich individuell zugerechnet werden und nicht Ehegatten, MitbewohnerInnen oder Eltern. Das heißt, das Ehegattensplitting ist abzuschaffen, das Konstrukt der Bedarfsgemeinschaften bei Hartz IV ist aufzulösen und Leistungen für erwachsene Menschen sind direkt an diese zu bezahlen – und nicht an ihre Eltern. Gleichzeitig verlören erwachsene Lernende ih-

ren Unterhaltsanspruch gegenüber ihren Eltern, und Eltern volljähriger Kinder verlören ihre Steuervorteile. So könnte ein Bildungsgeld für Erwachsene Bestandteil einer umfassenden Sozialstaatsreform werden.

Wirklich sozial wird diese Reform erst, wenn sie sozial finanziert wird. Bisher leisten Eltern mit mittleren und hohen Einkommen über die Unterhaltsleistungen an ihre Kinder einen erheblichen Anteil zur Finanzierung der Ausbildung der jungen Generation. Diese Mittel dürfen durch eine Reform nicht einfach verloren gehen. Es kann eben nicht sein, dass Kinder aus finanzstarken Elternhäusern das Studium vom Staat – also von der Allgemeinheit – finanziert bekommen und später das Geld, das die Eltern hierdurch gespart haben, auch noch erben. Daher muss dieses Geld über erhöhte Steuern – sachlogisch wäre eine Erhöhung der Erbschafts- und Vermögenssteuer – eingezogen werden.

Das steuerpolitische Konzept der GEW strebt Mehreinnahmen von 6 Mrd. Euro bei der Erbschaftssteuer und 20 Mrd. bei der Vermögenssteuer an, nachzulesen unter: http://www.gew.de/Steuerkonzept_der_GEW_solida_risch_und_effektiv.html

von Klemens Himpele

Referent für den Bereich Hochschule und Forschung
bei Hauptvorstand der GEW



Dieser Artikel basiert auf einer ausführlichen Veröffentlichung von Klemens Himpele und Sonja Staack (ver.di) im »Forum Wissenschaft«, der Mitgliederzeitschrift des Bundes Demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi), . GEW und BdWi haben die Ausgabe zum Thema »40 Jahre BAföG – Reformmodell am Scheideweg« gemeinsam herausgegeben. Diese ausführliche Veröffentlichung sei ergänzend zu diesem kurzen Artikel zur Lektüre dringend empfohlen. Sie wird ab Mitte November auf der Website des BdWi veröffentlicht: <http://www.bdwi.de/forum/> – dort ist sie im Archiv zu finden und zwar in der Ausgabe 3/2011.

Kontakte und GEW-Studierenden-Gruppen in Bayern

GEW Bayern, Landesvorstand

zuständig für Hochschule und Forschung:
Tobias Hartmann
E-Mail: tobias.hartmann@gew-bayern.de

GEW Bayern, Landesfachgruppe Hochschule und Forschung

Schwanthalerstr. 64, 80336 München
Tel. 0 89-54 40 81-0, Fax 0 89-5 38 04 87
Ansprechpartner: Michael Bayer
E-Mail: michael.bayer@gew-bayern.de

Vor Ort:

Frank Eickelmann

Gewerkschaftssekretär für Lehramtsstudien-
gänge im Großraum Nürnberg/Erlangen
GEW Bayern (Büro KV Nürnberg),
Kornmarkt 5 - 7 • 90402 Nürnberg
Mobil: 01 76-34 52 97 47
E-Mail: frank.eickelmann@gew-bayern.de

GEW Hochschulgruppe Augsburg

E-Mail: gewhsg.augsburg@googlemail.com
www.gew-augsburg.blogspot.com

GEW Hochschulgruppe Bayreuth

c/o Magnus Treiber
Fachgruppe Ethnologie Universität Bayreuth GW II
Universitätsstr. 30 • 95440 Bayreuth
Tel.: 09 21-55-41 10
E-Mails:
magnus.treiber@uni-bayreuth.de
inga.harren@uni-bayreuth.de
christian.ungruhe@uni-bayreuth.de

GEW Hochschulgruppe Würzburg

E-Mail: gew-hsg-wue@gmx.de
www.gewhsgwuertzburg.de

GEW Studierendengruppe München

E-Mail: gew-la@stuve.uni-muenchen.de
Ansprechpartner: Michael Mayer u. Siri Schultze

GEW Bezirk Mittelfranken

Kontakt: Robert Michel
c/o BV Mittelfranken
90762 Fürth • Luisenstr. 2
Postanschrift: PF 1603, 90706 Fürth
E-Mail: cafe.buena@gmx.de

AK Gewerkschaften Regensburg gemeinsame Hochschulgruppe GEW/ver.di/IGM

Kontakt: Jan Bundesmann
E-Mail: jan.bundesmann@gmx.de
regelmäßige Treffen jeden Monat, 1. und 3. Dienstag

Gewerkschaftshochschulgruppe in der Universität Passau

c/o AstA • Innstr. 41 • 94032 Passau
E-Mail: hsg-passau@gew-bayern.de
1. Verantwortlicher: Hannes Niedermeier,
Rindermarkt 10 • 94032 Passau
E-Mail: hannes.niedermeier@web.de
Tel. 01 76-20 80 83 11
2. Verantwortliche: Isabel Bohn
Am Severinstor 5 • 94032 Passau
E-Mail: isabelbohn@web.de
Tel. 01 76-62 67 59 83
Betreuender Organisationssekretär:
Markus Zaglmann,
Richard-Wagner-Straße 5 • 93055 Regensburg
Tel. 09 41-79 36 95, Tel. 01 76-32 48 88 57
E-Mail: markus.zaglmann@gew-bayern.de

Welcome or not?

Arbeitsmarktchancen des Bachelors

Über eine Studie zu Arbeitsmarktchancen von Bachelor-AbsolventInnen sprach Jens Wernicke, bildungspolitischer Referent bei der GEW Hessen, mit Prof. Dr. Christian Scholz vom Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Organisation, Personal- und Informationsmanagement an der Universität des Saarlands. Immer noch scheinen Stellen speziell für Bachelor-AbsolventInnen eine Rarität zu sein. Das liegt unter anderem daran, dass viele Unternehmen mit dem Profil »Bachelor« nichts anfangen können.

Jens Wernicke: Herr Scholz, in einer aktuellen Untersuchung kommen Sie zu dem Ergebnis, dass es so gut wie keine Stellenangebote für Bachelor-AbsolventInnen gibt. Selbst bei den Unternehmen, die diesen Abschluss einst mit einer Initiative besonders willkommen hießen. Wie kommen Sie zu diesem Schluss und was genau sind Ihre Untersuchungsergebnisse?

Christian Scholz: Ganz einfach: durch zählen! Als die Studie erstellt wurde, haben wir das Suchwort »Bachelor« bei monster.de eingegeben. Das erzielte 1.023 Treffer, und dann haben wir schlicht und einfach angefangen auszuzählen. Auffällig war dabei zunächst einmal, dass sich 41 % der Anzeigen an Interessenten richteten, die noch gar keine Bachelor sind. Davon waren 46 % Angebote für duale Studiengänge, also für Interessenten, die sich in Kooperation zwischen einer Ausbildungsinstitution und dem Unternehmen zu einem Bachelor ausbilden lassen wollen. 5 % der Anzeigen ließen sich nicht eindeutig zuordnen. 54 % der Anzeigen waren dann wirklich für »fertige« Bachelor bestimmt, und hier haben wir genau hingeschaut: Es zeigte sich, dass sich 74 % der Anzeigen an Absolventen mit Berufserfahrung richteten, während nur 26 % nach Bachelorabsolventen ohne Berufserfahrung suchten. Von letzteren waren dann 47 % Praktika, 10 % Trainee-Positionen und 43 % Direkteinstiege. Davon wandte sich aber keine einzige Anzeige explizit nur an Bachelor.

Wir haben aber nicht nur bei monster.de geschaut sondern auch bei den 15 erstunterzeichneten Unternehmen der »Bachelor Welcome«-Erklärung – und zwar nicht nur danach, ob das Wort »Bachelor« vorkommt. Auch hier zeichnete sich eine klare Tendenz ab: Es gab 889 Angebote, die auch für Bachelor ausgeschrieben waren. Jedoch wurden in gerade einmal 39 Anzeigen Bachelor ohne Berufs-

erfahrung gesucht. 63 Anzeigen waren dann für Traineestellen, und weiter konnten wir 641 Anzeigen für Praktikumsstellen finden. Verheerend ist hierbei, dass die Bachelor sich bei allen diesen Angeboten gegen Bewerber mit Diplom-, Master- oder im Extremfall sogar Doktorgrad durchsetzen müssen. Angebote explizit nur für Bachelor haben wir überhaupt nicht gefunden – nicht einmal wenn Berufserfahrung vorliegt.

So wirklich überraschend waren diese Ergebnisse nicht, wengleich sich die Situation mit Anziehen der Konjunktur entschärfen wird. Und wenn es nur noch Bachelor auf dem Markt gibt, werden sich die Unternehmen auch mehr auf diesen Abschluss einstellen.

Woran liegt Ihrer Meinung nach der Mangel an angebotenen Stellen explizit für AbsolventInnen mit Bachelorabschluss?

Das liegt unter anderem daran, dass viele Unternehmen mit dem Profil »Bachelor« nichts anfangen können.

Deshalb werfen vor allem Unternehmen ohne professionelle Personalarbeit alle Abschlüsse (Bachelor, Master, Diplom) und alle Hochschulen (Berufsakademien, Fachhochschulen, Universitäten) in einen großen Topf, ohne dabei die individuellen Kompetenzprofile, die mit jedem Studiengang verbunden sind, zu berücksichtigen. Das führt dann dazu, dass auf der einen Seite vermittelt wird, Bachelor seien für jede Aufgabe geeignet, auf der anderen Seite die Bachelor dann jedoch vor dem Problem stehen, sich im Bewerbungsprozess gegen Absolventen mit umfangreicherer Ausbildung durchsetzen zu müssen.

Sind den Unternehmen die Bacheloren sozusagen zu »schlecht« ausgebildet? Betrachten sie den Bachelor also in dem Sinne als zu wenig berufsqualifizierend?

Ich befürchte, dass Unternehmen tatsächlich zu dieser Sichtweise neigen. Dass die Praxis mit Bachelor-Studenten Probleme hat, sieht man zum Beispiel gut an einer Studie von Queb: Dort wurden 101 FH-Studiengänge und 33 Unistudiengänge beurteilt. Insgesamt konnte man bei den Wirtschaftsstudiengängen 60 Punkte erreichen. Alle untersuchten Studiengänge erreichten zusammen gerade einmal einen Durchschnitt von 36,4, wobei die FHs mit durchschnittlich 38,6 etwas besser abschnitten als die Universitäten, die nur 28,5 erreichten – insgesamt also ein eher betrübliches Ergebnis. Wichtig ist, dass es sich hierbei nicht um wirkliche Ausbildungsqualität handelt. Diese Beurteilung ist lediglich das Bild der Praxis, und danach ist der Bachelor nicht berufsqualifizierend.

Aus dieser und anderen Erkenntnissen leitet sich analog auch die Forderung nach einem 5-jährigen Programm für die Wirtschaftswissenschaften an Universitäten ab

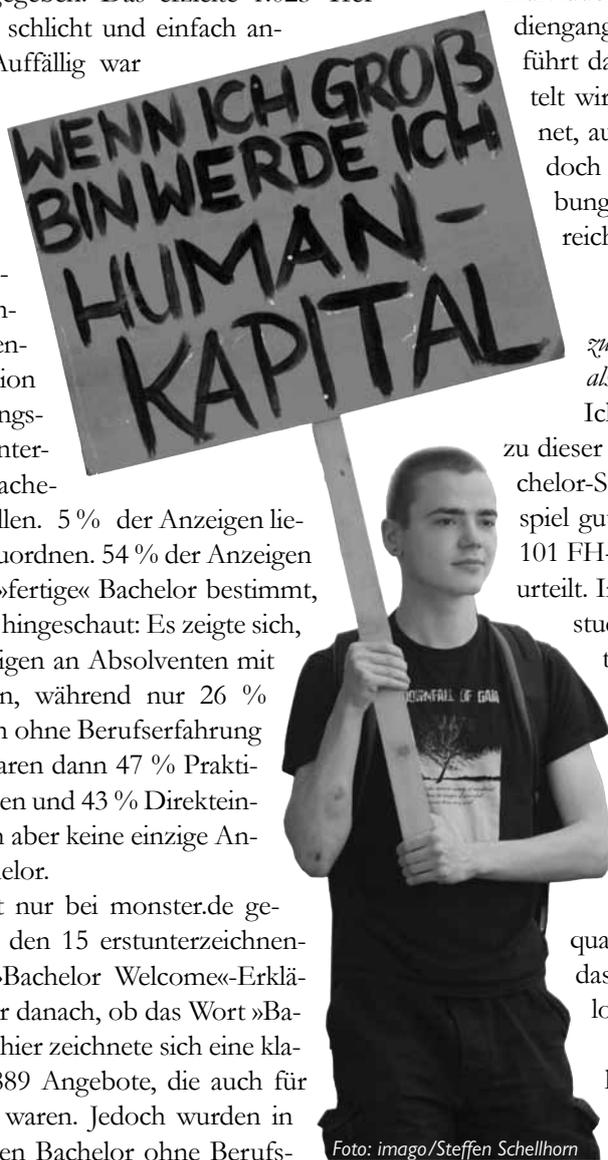


Foto: imago/Steffen Schellhorn

– zumal sich das ja bei den Medizinerinnen und Ingenieuren besonders bewährt.

Und die Unternehmen, die den Bachelor besonders »herbeigewünscht« und die so genannte »Welcome-Erklärung« unterschrieben haben, bieten sie bessere Perspektiven für AbsolventInnen mit Bachelorabschluss?

Das ist nicht zu erkennen, vor allem, weil erfahrungsgemäß die am lautesten klappern, die am wenigsten bieten. Eine leichte Tendenz in Richtung eines fairen Umgangs mit Bachelor lässt sich jedoch erkennen: so kann man feststellen, dass die Anzeigen für Praktika nach dem Abschluss zurückgehen – vielleicht sogar als eine Reaktion auf unsere Kritik.

Unternehmen haben Interessen

Warum ist man dann nicht gleich bei den alten, von der Wirtschaft weit mehr anerkannten, Studiengängen geblieben?

Das ist eine gute Frage. Zunächst einmal war die Entscheidung für neue Studiengänge sicherlich eine politische Entscheidung. Durch den Bachelorstudiengang hat man auf einmal höhere Absolventenzahlen und kann sich auf die Schulter klopfen, weil das Bildungsniveau im internationalen Vergleich steigt.

Aber auch die Wirtschaft hatte Interesse an dem neuen Studiengang: So schielten einige Unternehmen auf die sinkenden Lohnkosten, als sie sich begeistert für die verkürzte Ausbildungszeit an Hochschulen einsetzten – wobei ich unterstelle, dass dies nur eine Minderheit betrifft. Viel interessanter dürfte hingegen – und das hat unsere Studie auch bestätigt – der Aspekt des dualen Studienganges gewesen sein. Plötzlich haben Unternehmen die Möglichkeit, in großem Stil ihre unternehmenseigenen Bachelor und Master »heranzuzüchten«.

Für junge Menschen als Einstieg vielleicht sogar eine interessante Möglichkeit, jedoch darf man dabei nicht übersehen, dass in solchen Studiengängen sehr viel unternehmensspezifisches Wissen vermittelt wird, was einen späteren Wechsel schwer machen kann.

Wie bewerten Sie den zunehmenden Einfluss der Wirtschaft auf Hochschulen, Studium und Studieninhalte?

Ich sehe das ehrlich gesagt sehr kritisch. Man sollte ganz genau überlegen, bevor man mir nichts dir nichts das Humboldt'sche Bildungsideal über Bord wirft. Zu unterstellen, Unternehmen verfolgten keine eigenen Ziele, wenn sie sich in die Hochschulbildung einmischen, halte ich für blauäugig. Hier wird sicherlich immer versucht werden, mehr vermeintlich praxisrelevante Inhalte zu platzieren und dafür »weltfremde« Elemente aus dem universitären Curriculum zu entfernen. Daher besteht die Gefahr, dass das Wort »Studium« am Ende nicht mehr viel mehr ist, als eine leere Worthülle. In diesem Fall sind dann systemisches, fächerübergreifendes Wissen sowie Problemlösungskompetenz auf ein Minimum reduziert, während fach- und womöglich firmenspezifisches Wissen maximiert werden.

Studenten hören auf, das Lernen zu lernen. Kurzfristig mag das die Wünsche von Unternehmen befriedigen, langfristig hat das aber nur negative Konsequenzen für den Bildungsstandort Deutschland. Außerdem muss bezweifelt werden, dass Unternehmen tatsächlich über entsprechende Kompetenz im Sinne von Befähigung verfügen. Die oft jämmerlichen Erfahrungen mit den »Corporate Universities« hat gezeigt, dass Unternehmen durchaus gute Ideen, aber oft wenig Qualifikation zur Qualifizierung haben.

Bildung oder Ausbildung?

Was würden Sie Hochschulen, Wirtschaft, vor allem aber Studierenden in Bachelor-Studiengängen aktuell raten zu unternehmen?

Universitäten sollten konsequent sein. Sie sollten – wenn auch nur als Gedankenexperiment – ein Selbstfindungsseminar besuchen und herausfinden, für was sie stehen und welchen Weg sie in Zukunft gehen wollen. Entscheidet man sich dann, den mehr als eintausend Jahre alten Weg der Wissenschaft und Forschung weiter zu beschreiten, sollte man daraus klare Konsequenzen ziehen und den Studenten eine universitäre Ausbildung im klassischen Sinne ermöglichen. Entscheidet man sich hingegen, zukünftig als reine Ausbildungsstätte zu fungieren, so sollte man auch diesen Weg konsequent gehen.

Unternehmen sollten konsequent sein. Sie sollten mit offenen Karten spielen. Jungen Menschen mit vollmundigen Versprechen vorzumachen, man würde sie mit einem BA in der Tasche mit offenen Armen empfangen, ist unredlich. Es sei denn, man definiert Anforderungsprofile, die auch tatsächlich auf Bachelor zugeschnitten sind und bietet den Bachelorabsolventen damit eine Einstiegsmöglichkeit. Ganz wichtig dabei ist, keine falschen Erwartungen zu wecken. Ein Bachelor kann als Bauzeichner arbeiten, nie aber als Architekt.

Studierende hingegen sollten die Konsequenzen ziehen. Sie haben im Moment eigentlich nur eine Möglichkeit: Die Gegebenheiten zu akzeptieren. Das bedeutet einen guten bis sehr guten Bachelorabschluss zu erzielen und dann an das Bachelorstudium noch den Master zu hängen.

Es gibt jedoch noch eine zweite Möglichkeit: Versuchen, die Gegebenheiten zu ändern. Das kann man derzeit etwa bei uns an der Universität des Saarlandes beobachten. Innerhalb von drei Tagen haben sich fast 900 Studierende in eine Unterschriftenliste der Fachschaft Wirtschaftswissenschaften für die Einführung eines 5-jährigen Studienganges eingetragen, es wurden Fanpages auf Facebook ins Leben gerufen und Vertreter der Studierenden haben sich im Studentenparlament intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt. Schließlich wurde dann einstimmig für die Einführung des Bologna-Diploms gestimmt. Damit ist zwar noch nichts entschieden, aber die Studenten haben doch ein deutliches Zeichen gesetzt. Andere Universitäten sind da sogar schon weiter und haben diesen Schritt bereits gemacht: Wer also eine Nische sucht, kann auch eine finden – Sie können sich ja nun überlegen, was ich an Stelle der Studenten tun würde.

Zuerst veröffentlicht bei Studis Online – www.studis-online.de

ErzieherIn – ein Beruf mit Zukunft

Mit der bundesweiten Initiative »Profis für die Kita« beteiligt sich die GEW, gemeinsam mit den am »Runden Tisch« engagierten Gewerkschaften und Berufsverbänden, an einer Werbekampagne für den ErzieherInnenberuf¹. Eine heikle Aufgabe, hat die GEW doch erst kürzlich mit der Veröffentlichung einer von ihr in Auftrag gegebenen Studie die schlechten Arbeitsbedingungen in Kindertagesstätten angeprangert. Dennoch: Wenn der qualitative Standard in den Einrichtungen gehalten und der Ausbau an Plätzen für unter dreijährige Kinder weitergehen soll, brauchen wir mehr ErzieherInnen.

Mehr Plätze und Personal in Kitas – bundesweite Trends

Der Ausbau der Plätze für unter dreijährige Kinder in Kindertagesstätten hat einen erheblichen Fachkräftebedarf ausgelöst. Damit einher geht eine Debatte darüber, wie auf einem Arbeitsmarkt, in dem besonders attraktive Branchen um den besten Nachwuchs werben, die Qualität

der Profession gesichert werden kann. Alle Beteiligten – Politik, Träger, Eltern, Berufsverbände – sind sich darin einig, dass an der erreichten Qualität der pädagogischen Angebote keine Abstriche gemacht werden dürfen. Im Gegenteil: Es muss alles unternommen werden, das Fachkraftniveau durch Ausbildung, Studium und Weiterbildung weiter zu steigern.

Die Personalakquise führt in regional unterschiedlicher Ausprägung zu Problemen auf dem Arbeitsmarkt: Im Osten gibt es – bei höherem Durchschnittsalter der beschäftigten ErzieherInnen – einen hohen Ersatzbedarf für aus dem Dienst Ausscheidende. In eini-

gen Regionen steigen die Geburtenzahlen wieder an und lösen neuen Bedarf aus. Zugleich gibt es kaum Nachwuchs, weil die Kapazitäten der Fachschulen bei Weitem nicht ausreichen. Im Westen gibt es hohen Bedarf an neuen Plätzen für unter dreijährige Kinder. Ebenso gibt es eine steigende Nachfrage nach Ganztagsplätzen und nach ErzieherInnen in Grundschulen. Außerdem entsteht zusätzlicher Personalbedarf durch, wenn auch geringe, Verbesserungen beim Personalschlüssel. Insgesamt werden bundesweit in den nächsten fünf Jahren mehr als 120.000 neue

ErzieherInnen gesucht. Es ist zu befürchten, dass bis zu 40.000 Stellen unbesetzt bleiben, weil es nicht genügend Nachwuchs gibt.

Bessere Arbeitsbedingungen und Ausbildung an Hochschulen

Die Ausbildungslandschaft ist im Umbruch. Gab es früher eine Dominanz der Fachschulen und der Berufsfachschulen, so sind in den letzten Jahren rund 70 Studiengänge entstanden, die man unter dem Begriff »Kindheitspädagogik« zusammenfassen kann. Damit wird auf die Forderung reagiert, den ErzieherInnenberuf und das Arbeitsfeld Kindertagesstätte stärker zu akademisieren. Auf der anderen Seite gibt es Bemühungen, gering Qualifizierte und Personen mit schlechten Schulabschlüssen aus der Arbeitslosigkeit heraus in das Arbeitsfeld zu führen. Die GEW warnt davor, die Qualitätsstandards der ErzieherInnenausbildung aufzuweichen, um so auf die Schnelle Personal zu gewinnen.

Eine besondere Herausforderung ist die hohe Zahl von Kindern mit Migrationshintergrund. Bundesweit – und in einigen Regionen besonders stark – steigt ihr Anteil. Bei den unter Dreijährigen lag er im Jahr 2010 bei 16 Prozent, bei 3- bis 6-jährigen Kindern bei 27 Prozent. In Bayern haben 18,6 Prozent der unter 3-jährigen Kinder einen Migrationshintergrund, bei den 3- bis 6-jährigen sind es 24,7 Prozent. Damit liegen die Werte dieser Altersgruppe zwar nur geringfügig unter dem Bundesdurchschnitt, im Vergleich zu anderen westlichen Bundesländern liegen sie jedoch weit darunter (z. B. Hessen 37,5 Prozent, NRW 35,7 Prozent, Baden-Württemberg 34,0 Prozent). Im Städtevergleich haben 3- bis 6-jährige Migrantenkinder in Offenbach mit 70,7 Prozent den höchsten Anteil. Danach folgt Heilbronn mit 63,2 Prozent vor Frankfurt am Main mit 62,2 und Ludwigshafen mit 60 Prozent. Weit davon entfernt ist der Anteil der ErzieherInnen mit Migrationshintergrund, er liegt in Bayern bei 2,9 Prozent. Die kulturelle und ethnische Vielfalt muss sich auch in der Zusammensetzung des pädagogischen Personals widerspiegeln. Dazu muss man gezielt auf SchulabgängerInnen mit Migrationshintergrund zugehen und sie für den Beruf werben.



1 Nähere Informationen: www.runder-tisch.eu



Eine in gleicher Weise in Kindertagesstätten unterrepräsentierte Gruppe sind Männer. Sie sind nach wie vor eine verschwindend kleine Minderheit: Der Männeranteil liegt in Bayern – genau wie im Bundesdurchschnitt – bei 3,3 Prozent.

Kein Auskommen mit dem Einkommen

Das Nettoeinkommen von ErzieherInnen liegt 224 Euro unter dem Durchschnitt aller Erwerbstätigen. Bei den KinderpflegerInnen beträgt der Abstand 392 Euro. Von den Beschäftigten mit frühpädagogischer Ausbildung schaffen es knapp 90 Prozent, mit dem Verdienst ihren Lebensunterhalt zu sichern. ErzieherInnen liegen mit 92 Prozent etwas darüber, KinderpflegerInnen jedoch erheblich unter dieser Quote. Nur 71 Prozent der in diesem Beruf Beschäftigten verdienen so viel, dass sie damit ihren Lebensunterhalt decken können. Acht Prozent der KinderpflegerInnen erhalten zusätzlich zu ihrem geringen Verdienst Transfergeleistungen nach Hartz IV. Besonders betroffen sind Teilzeitbeschäftigte, insbesondere Alleinerziehende.

Damit haben KinderpflegerInnen ein hohes Armutsrisiko. Bei einem Einpersonen-Haushalt gilt als armutsgefährdet, wer weniger als 786 Euro im Monat verdient. 12 Prozent der KinderpflegerInnen sind armutsgefährdet. Bei den BerufsanfängerInnen sind es 18 Prozent, d. h. fast jede fünfte frühpädagogische Fachkraft hat zu Beginn ihres Berufslebens ein Nettoeinkommen von unter 786 Euro.

Berufliche Realität ernüchternd

Für einen Beruf kann man nur dann überzeugend werben, wenn man ihn mit all seinen Facetten darstellt und die Probleme klar benennt. Von einem attraktiven Beruf, für den man nur genug werben muss, um den enormen Arbeitskräftebedarf zu decken, kann keine Rede sein. Der Nachwuchs findet überwiegend nur noch zeitlich befristete Stellen, mit der weitverbreiteten Teilzeitbeschäftigung landen die Beschäftigten auf Hartz-IV-Niveau und sind mit 54 Jahren so ausgepowert, dass sie frühzeitig in Rente gehen. Und das mit einer Rente, die häufig Altersarmut bedeutet. Dies ist das Ergebnis einer von der Max-Traeger-Stiftung der GEW in Auftrag gegebenen Studie zur beruflichen, familiären und ökonomischen Situation von ErzieherInnen und KinderpflegerInnen.²

ErzieherInnen und KinderpflegerInnen gehen insgesamt im Durchschnitt mit 59 Jahren in Rente. Ein Viertel davon gibt als Grund für den vorzeitigen Ruhestand gesundheitliche Gründe an. Diejenigen, die wegen Krankheit den Beruf aufgeben, gehen bereits mit 54 Jahren in Rente.

Nach einer Studie des Wissenschaftlichen Instituts der AOK (WIdO) vom April 2011 liegt der ErzieherInnen-Beruf unter den zehn Berufen mit dem höchsten Burnout-Risiko an siebenter Stelle.³

Eine Erzieherin, die vom 21. bis zum 59. Lebensjahr ununterbrochen Vollzeit gearbeitet hat, kommt bei einem Bruttoeinkommen von 2.500 Euro auf eine Monatsrente von rund 876 Euro. Dass eine Erzieherin das Renteneintrittsalter von 67 Jahren erreicht, ist angesichts der Belastungen in diesem Beruf nicht zu erwarten. Somit werden Beschäftigte in Kindertagesstätten mit erheblichen Rentenabschlägen rechnen müssen.

Pädagogik befristet und in Teilzeit

Ein das Arbeitsfeld seit Langem prägendes Strukturmerkmal ist die hohe Teilzeitbeschäftigung. Die Hälfte der ErzieherInnen und nur 30 Prozent der KinderpflegerInnen haben eine Vollzeitstelle. Im Westen geht die Vollzeitquote bei beiden Berufsgruppen kontinuierlich zurück: Von 65 Prozent in den 1990er-Jahren über 56 Prozent im Jahr 2000 auf 50 Prozent im Jahr 2008. Im Osten liegt die Zahl der Vollzeitstellen weit darunter, erholt sich aber langsam. So ist dort die Vollzeitquote von 37 Prozent im Jahr 2000 auf 44 Prozent im Jahr 2008 gestiegen. Die wenigen Männer, die in diesem Arbeitsfeld tätig sind, haben zu 62 Prozent eine Vollzeitstelle.

Zu den Strukturmerkmalen von Arbeitsverhältnissen gehört auch die Sicherheit. Hier gibt es einen neuen Befund: Zwar haben 85 Prozent der ErzieherInnen und KinderpflegerInnen eine zeitlich unbefristete Stelle, von den unter 25-jährigen Fachkräften aber nur 49 Prozent. Auffällig ist auch, dass die Befristungsquote bei FrühpädagogInnen mit Migrationshintergrund um zehn Prozentpunkte höher liegt als bei Personen ohne Migrationshintergrund (24 Prozent gegenüber



2 Dr. Kirsten Fuchs-Rechlin: Die berufliche, familiäre und ökonomische Situation von Erzieherinnen und Kinderpflegerinnen, zum Preis von 5 Euro (inkl. Versandkosten) erhältlich bei: broschueren@gew.de.
 3 Wissenschaftliches Institut der AOK: »Burnout auf dem Vormarsch« Pressemeldung vom 19. April 2011: http://www.wido.de/fileadmin/wido/downloads/pdf_pressemittelungen/wido_pra_pm_krstd_0411.pdf

14 Prozent). Die Quote der befristeten Beschäftigungsverhältnisse bei FrühpädagogInnen ist damit doppelt so hoch wie im Durchschnitt aller Berufe. Unter diesen Umständen, so zeigen regionale Studien, verlassen viele junge Fachkräfte das Arbeitsfeld Kindertagesstätte nach kurzer Zeit wieder, weil sie in anderen Tätigkeitsbereichen eine höhere Arbeitsplatzsicherheit finden.

2015 fehlen Bayerns Kitas mehr als 10.000 Vollzeitkräfte

Die Zahl der unter dreijährigen Kinder in Kindertagesstätten und Tagespflege hat sich seit 2006 zwar erhöht, die jetzt erreichten 59.436 Plätze entsprechen aber nur einer Quote von 18,5 Prozent. Die Arbeitsstelle für Kinder- und Jugendhilfestatistik, die gemeinsam mit dem Deutschen Jugendinstitut und dem Statistischen Bundesamt die Entwicklung beobachtet, rechnet damit, dass nach In-Kraft-Treten des Rechtsanspruchs auf einen Kitaplatz im Jahr 2013 die Betreuungsquote bis zum Jahr 2015 auf 42 Prozent steigen muss. Das bedeutet für Bayern, dass zusätzlich rund 75.000 Plätze für unter dreijährige Kinder geschaffen werden müssen. Das erfordert eine Erhöhung des Personals in Kindertagesstätten auf von 55.900 Vollzeitstellen für ErzieherInnen auf 68.800. Nimmt man die Zahl der aus dem Dienst ausscheidenden KollegInnen hinzu, die bis 2015 auf rund 5.700 Personen geschätzt wird, so ergibt sich ein Einstellungsbedarf von 18.600 Fachkräften. An den Fachschulen werden bis zum Jahr 2015 rund 13.000 ErzieherInnen ausgebildet. Davon werden aber, so die Hochrechnung, nur 8.500 eine Tätigkeit in einer Kita aufnehmen. Somit bleibt ein Fehlbedarf von 10.100 Vollzeitstellen.⁴

Dieser Fehlbedarf resultiert allein aus dem Ausbau der Plätze für unter Dreijährige und dem Ersatz für aus dem

⁴ WIFF: »Droht ein Personalnotstand? Der U3-Ausbau und seine personellen Folgen«: http://www.weiterbildungsinitiative.de/uploads/media/WiFF_Kurzfassung_Studie_Personalnotstand.pdf

Dienst ausscheidende KollegInnen. Es ist anzunehmen, dass Bayern in den nächsten Jahren auch das Angebot an Ganztagsplätzen verbessern muss. Bei den 3- bis 6-jährigen Kindern liegt das Land im unteren Drittel. Die Versorgungsquote liegt mit 75.000 Plätzen bei 22,9 Prozent. Baden-Württemberg liegt zwar mit 13,1 Prozent noch dahinter, die Länder Rheinland-Pfalz und Hessen bringen es aber auf 33,6 bzw. 36,4 Prozent. Eine Verbesserung auf diese Werte sowie die dringend notwendige Erhöhung des Personalschlüssels, der Vor- und Nachbereitungszeit und der Freistellung der Leitungen wird weiteren Personalbedarf nach sich ziehen.

Materialien zur Berufsinformation

Die GEW hat gemeinsam mit dem „Runden Tisch Gewerkschaften und Berufsvverbände“ im Februar 2011 mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) eine Reihe von Broschüren, Flyern und Plakaten herausgegeben, mit denen vor allem in den Abgangsklassen der Schulen und in der Berufsorientierung über den Beruf informiert werden kann. Die Materialien können – gerne auch für die ganze Klasse – kostenlos bestellt werden unter: http://www.gew.de/Initiative_gegen_Erziehermangel_Profis_fuer_die_Kita.html

Vier Forderungen der GEW

Die GEW hat ein Vier-Punkte-Programm vorgeschlagen, um die Situation der Fachkräfte zu verbessern und den

Bereich der sozialpädagogischen Berufe aufzuwerten.

1. Unbefristete Vollzeitstellen, insbesondere für BerufsanfängerInnen. Diese sind mit zusätzlichen Finanzzuweisungen der Länder an die Kommunen und Kitaträger abzusichern.
2. Eine Ausbildung, die den Beruf ErzieherIn auch für AbiturientInnen attraktiv macht. Dazu ist der weitere Ausbau grundständiger Studienangebote an den Hochschulen für Soziale Arbeit notwendig.
3. Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Verminderung der Krankheitsquote und Erhöhung der Verbleibsdauer im Beruf, insbesondere durch Anrechnung eines Drittels der Arbeitszeit für Vor- und Nachbereitung sowie durch einen Personalschlüssel für Gruppen mit Kindern, die jünger als drei Jahre sind, von 1:4 und bei den drei- bis sechsjährigen von 1:10.
4. Anhebung der Bezahlung, damit jede/r Beschäftigte von dem Gehalt leben kann.

von Bernhard Eibeck

Referent für Jugendhilfe und Sozialarbeit
beim GEW-Hauptvorstand



ErzieherInnen und SozialpädagogInnen in Oberfranken stärker unterstützen

Die GEW Oberfranken hat beim Bezirkstreffen Ende September 2011 verabredet, die Mitglieder im Bereich Erziehung, Jugendhilfe und Sozialpädagogik deutlich stärker zu unterstützen. Neu wurde Marian Janka als einer der stellvertretenden Bezirksvorsitzenden (für Jugendhilfe, Sozialarbeit und Weiterbildung) einhellig gewählt.

Ein Fragebogen an alle Mitglieder aus den Bereichen Erziehung, Behindertenarbeit, Jugendhilfe und Sozialpädago-

gik in Oberfranken wurde kürzlich versandt.

Dabei geht es uns darum, von den Mitgliedern mehr über

- Arbeitsbelastung oder Überlastung
- die Erfahrungen mit der GEW
- Wünsche an die GEW-Organisation (Beratung, Fortbildung etc.)

zu erfahren.

Kontakt: Marian Janka • Tel. 01 57-8 42 04 17 • marian.janka@gmail.com

Warum als Studentin und Student in die GEW?

Gut ausgebildet, örtlich und zeitlich flexibel und vor allem billig, das sind die Eigenschaften, die ArbeitgeberInnen von BerufseinsteigerInnen heute erwarten. Befristete Arbeitsverträge, Honorarjobs, ungewollte Teilzeit und/oder Praktika sind die Folge, wenn überhaupt.

BerufsanfängerInnen spüren den Wandel der Arbeitswelt am stärksten

Die Zunahme flexibler und damit häufig prekärer Arbeit ist kein Zufall, sondern Folge politischer Entscheidungen der letzten Jahre. Agenda 2010, die Einführung der Mini-Jobs, die Hartz-Gesetze oder die Möglichkeit von wiederholter Befristung der Leiharbeit sollen, neben anderen Maßnahmen, die Kosten der Erwerbsarbeit für die Unternehmen nach unten drücken. Im globalen Wettbewerb sucht so das Konzern- und Finanzkapital Höchstprofite zu erzielen und Konkurrenten auszuschalten.

1,4 Millionen ArbeitnehmerInnen können in Deutschland mittlerweile von ihren Jobs nicht mehr leben – bei steigender Tendenz und in immer mehr Berufen. Viele müssen einen Zweitjob ausüben und dann insgesamt 60 bis 70 Stunden in der Woche arbeiten. Gleichzeitig ziehen sie ihre Kinder groß und kümmern sich um Schulprobleme, den Haushalt, den familiären Alltag.

Die Generation Praktikum kommt vor allem von den Universitäten

Im Mai 2011 hat der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) eine Studie mit dem Titel »Generation Praktikum 2011« herausgegeben, die dokumentiert, wie ausgebildete junge Menschen unter dem Label Praktikum von ArbeitgeberInnen zunehmend als billige Arbeitskräfte missbraucht werden.

Danach finden nur 19 Prozent direkt nach dem Studium eine unbefristete abhängige Beschäftigung, 28 Prozent absolvieren ein Praktikum, 27 Prozent erhalten eine befristete abhängige Beschäftigung, Weitere elf Prozent üben eine selbstständige oder freiberufliche Tätigkeit aus, acht Prozent führen eine während des Studiums ausgeübte Tätigkeit fort und sieben Prozent sind nicht erwerbstätig.

Weitere Ergebnisse der Umfrage: Die Praktika nach Stu-

dienabschluss dauern durchschnittlich 4,8 Monate, 40 Prozent davon werden nicht bezahlt, jedes fünfte Praktikum wird durch Sozialleistungen mitfinanziert. Von den PraktikantInnen erhalten nur 22 Prozent ein Übernahmeangebot und lediglich 36 Prozent von ihnen befinden sich dreieinhalb Jahre nach Studienabschluss in unbefristeten abhängigen Beschäftigungsverhältnissen.

Das Unternehmen Hochschule folgt dem Employability-Konzept

Im Mai 2009 hat der Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) deren wissenschaftspolitisches Programm unter dem Titel »Wissenschaft demokratisieren, Hochschulen öffnen, Qualität von Forschung und Lehre entwickeln, Arbeits- und Studienbedingungen verbessern« beschlossen.

Zur Charakterisierung der Änderung der Studienstrukturen heißt es: »Lehrende und Studierende beklagen eine zunehmende, die wissenschaftliche Kreativität behindernde Verschulung und Entwissenschaftlichung des Studiums. Die Arbeitsbelastung sowohl der Studierenden als auch des Hochschulpersonals nimmt zu – Studierfreiheit und Studierbarkeit der neuen Studiengänge bleiben auf der Strecke. Leitbild der Studienstrukturreform in der »unternehmerischen Hochschule« ist

die bloße Anpassungsfähigkeit an wechselnde ökonomische Arbeitsmarktkonjunkturen im Sinne des von der europäischen Unternehmerlobby entwickelten Employability-Konzepts. Auf den Bologna-Prozess werden restriktive bildungspolitische Zielsetzungen projiziert, die mit dem ursprünglichen Anliegen der Studienreform nichts zu tun haben: Einsparungen, Kapazitätsbeschränkungen und administrative Studienzeitverkürzungen.«

Das Konzept einer unternehmerischen Hochschule mit Studienverkürzung, Studiengebühren, Darlehen etc. haben die Mächtigen der

deutschen Wirtschaft (Bundesvereinigung der Deutschen Industrie, Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Institut der Deutschen Wirtschaft, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft) 2008 in Essen vorgestellt. Titel: »Eckpunkte einer investitionsorientierten Hochschulfinanzierung«.



Der DGB hat das Leitbild Demokratische und Soziale Hochschule (in 14 Teilbereichen) im Februar 2010 veröffentlicht. Auf der Grundlage dieses Leitbildes will der DGB-Bundesvorstand im Dezember 2011 sein hochschulpolitisches Programm beschließen.

Auch Studierende in der Gewerkschaft sichern die Arbeits- und Sozialstandards von morgen

Die meisten Studiengänge qualifizieren direkt für einen Beruf oder für ein breiteres Berufsfeld. Für die große Mehrheit der Studierenden bedeutet dies abhängige Beschäftigung in Wirtschaft oder öffentlichem Dienst. Sie gehören damit zu den Erwerbstätigen, die ihre Arbeitskraft verkaufen, um vom Lohn, Gehalt oder Entgelt leben zu können.

Die Geschichte hat gezeigt, dass ArbeitnehmerInnen ihre Arbeitskraft zu für sie günstigeren Bedingungen (u. a. was Arbeitszeit und Urlaub, Arbeitstätigkeit, Lohn betrifft) verkaufen konnten, wenn sie Koalitionen gebildet, sich in Gewerkschaften organisiert und solidarisch ihre Interessen den ArbeitgeberInnen gegenüber vertreten haben.

Wenn die Gewerkschaften sich heute hierfür einsetzen und Arbeits- und Sozialstandards erkämpfen und verteidigen, so tun sie das auch für viele aktuell Studierende, für die später als Erwerbstätige diese Standards gelten. Der Erfolg der Anstrengungen hängt allerdings von der Kampfkraft der Gewerkschaften ab, vor allem vom Organisationsgrad und der Aktivität der Mitglieder.

Nur ein Beispiel: Wäre die bayerische GEW so stark gewesen, eine Reduzierung des Stundendeputats der PädagogInnen aller Lehrämter um eine Stunde zu erreichen (zur Reduzierung der Arbeitsbelastung und zur Erhöhung der Qualität des Unterrichts), hätten sich die 8000 LehramtsanwärterInnen solidarischer und lautstärker gemeldet und wären die StudentInnen, die heute für ein Lehramt studieren, um später diesen Beruf ausüben zu können, auf die Straße gegangen, dann wären sicher mehr als nur rund 3500 AnwärterInnen für das laufende Schuljahr eingestellt worden.

Organisationsstrukturen und Aufgaben der Gewerkschaften

Die Industriegewerkschaften Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU), IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), IG Metall (IGM), die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG), die Gewerkschaften Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG), Gewerkschaft der Polizei (GdP), Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sind die acht Mitgliedsgewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Zusammen zählen sie rund 6,2 Millionen Mitglieder (Stand: 2010).

Der DGB und die in ihm vereinigten Gewerkschaften vertreten die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen der ArbeitnehmerInnen, der Arbeitslosen, der SeniorInnen (= der im Ruhestand befindli-

chen ehemals Erwerbstätigen) sowie der Jugendlichen und jungen Erwachsenen (insbesondere der Auszubildenden, Studierenden und PraktikantInnen). Dies geschieht u. a. am Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz durch Betriebs- und Personalräte sowie durch Vertrauensleute, bei Tarifaueinandersetzungen durch Funktionäre und Ehrenamtliche der Einzelgewerkschaften, am Wohnort durch Orts-, Kreis- und Stadtverbände des DGB. Die Gewerkschaften beziehen Position durch Medienarbeit und Demonstrationen, sie wirken auf Parlamente und Parteien ein.

Der DGB und seine Gewerkschaften sind demokratisch aufgebaut und finanzieren sich durch Mitgliedsbeiträge. Sie sind unabhängig und nur ihren Mitgliedern verpflichtet.

Die GEW – Bildungs- und Mitmach-Gewerkschaft

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) ist eine starke Organisation von über 260.000 Frauen und Männern, die in pädagogischen und wissenschaftlichen Berufen arbeiten: in Schulen, Kindertagesstätten, Hochschulen und anderen pädagogischen Einrichtungen. Studierende und arbeitslose PädagogInnen sind gleichberechtigte Mitglieder in der GEW. Als Bildungsgewerkschaft im DGB machen wir uns für unsere Interessen stark, am Arbeitsplatz, aber auch in den Universitäten. Gemeinsam setzen wir uns für vernünftige Arbeits- und Studienbedingungen ein.

Die GEW ist parteipolitisch unabhängig, aber nicht unparteiisch. Das bedeutet: Wir ergreifen Partei für unsere Mitglieder und für die Entwicklung und den Ausbau eines demokratischen Bildungswesens.

Die GEW ist eine Mitmach-Gewerkschaft. Jedes einzelne Mitglied kann in und mit der GEW eine Menge bewegen. Das garantiert der demokratische Aufbau. Die Willensbildung vollzieht sich von »unten« nach »oben«, vom GEW-Kreisverband in die Gremien auf Landes- und Bundesebene. Die Arbeit der Personen- sowie Fach- und Arbeitsgruppen erweitert das Blickfeld bei der Entscheidungsfindung. Gefragt ist die aktive Mitarbeit aller GEW-Mitglieder.

Solidarisch in und mit der Gewerkschaft

In einer Organisation, in der die Lehrstuhlinhaberin an der Universität ebenso gut aufgehoben ist wie der Erzieher in der Kindertagesstätte, ist Meinungsvielfalt unerlässlich. Die GEW sucht den produktiven Dialog und – wenn es sein muss – auch den Streit nach innen und außen. Das ist der Weg, um in allen relevanten Fragen auf der Höhe der Zeit zu bleiben und Verkrustungen zu vermeiden.

von Ludwig Würfl

ehemaliger Hauptschullehrer und stellvertretender Personalratsvorsitzender
Vorstandsmitglied in GEW und DGB Freising



**Wir empfehlen auch die Website der DGB-Jugend:
www.wie-willst-du-leben.de**



Foto: imago/Rüdiger Wölk

Freundschaft bis zum Tode Kritik an studentischen Verbindungen

Zu Beginn des Wintersemesters buhlen die Studentenverbindungen und Burschenschaften insbesondere wieder um die Erstsemester, auf der Suche nach Neumitgliedern.

Strenge Aufnahmeregeln

Ein signifikantes Merkmal, das alle Burschenschaften und Verbindungen aufweisen, ist ihr hierarchischer Aufbau. So folgt die »Keilung«, d. h. die Anwerbung, Satzungsstatuten, die generell eine Vorsortierung vorsehen: Je nach Dachverband können z. B. keine Frauen, keine Kriegsdienstverweigerer oder umgekehrt nur Angehörige einer bestimmten Konfession Mitglied werden. Wird ein Student in eine Verbindung aufgenommen, steht ihm eine Probephase als »Fux« mit eingeschränkten Mitgliedsrechten, aber allerlei Verpflichtungen bevor.

Am Ende der Probezeit steht die sogenannte »Burschung« als Aufnahmehandlung. Bei schlagenden Verbindungen wird im Rahmen der Mensur nach Übungseinheiten mit stumpfen »Schlägern« ein- oder mehrere Male mit scharfer Klinge gekämpft. An Burschung und Mensur ist auch der Freundschaftsschwur bis zum Tode gebunden. Der Student kann danach zentrale Rollen in der »Aktivitas«, z. B. die des »Chargierten« (~ Vorstandsmitglied) übernehmen. Gegen Ende des Studiums hat er die Möglichkeit, sich inaktivieren zu lassen, um sich auf seinen Studienabschluss zu konzentrieren. Danach wird der Burschenschafter zum »Alten Herren«. Er betätigt sich im Altherrenverband, fördert die Korporation über finanzielle Beiträge und unterstützt Korporierte bei ihren Karrieren.

Programmatische Frauendiskriminierung

Die meisten Dachverbände nehmen keine Frauen auf. Diejenigen, die Frauen zulassen, sind mit Ausnahme des Kartellverbandes (KV) katholischer deutscher Studentenvereine eher klein und gesellschaftlich unbedeutend.

Laut Alexandra Kurth liegt der »Gesamtanteil von Verbindungsstudentinnen inklusive der seit den 1970er Jahren

neu gegründeten 18 Damenverbindungen bei etwa einem bis fünf Prozent.«¹ Mit dieser Minderheit »argumentieren« die Korporationen immer wieder, wenn man sie auf ihre patriarchalen Strukturen anspricht.

Autoritäre und patriarchale Rituale

Zentraler Punkt für Korporationen ist die Pflege des studentischen Brauchtums des 19. Jh., das zumeist im sogenannten Comment niedergeschrieben ist. Neben den Vorschriften, wer an welchen Veranstaltungen teilnehmen muss und wie man sich dort zu verhalten hat, ist z. B. der »Biercomment« charakteristisch. Die Kneipe ist nicht nur dabei wiederkehrendes Element. Reglementiert ist nicht nur die Sitzordnung. Oft muss der Vorsitzende um Erlaubnis gefragt werden, bevor man aufsteht oder das Wort ergreift.

Besonders eindringlich ist auch das Ritual des »Bierjungen«, das bei Verstimmungen zwischen Korporierten ausgeglichen wird: Ähnlich wie bei der Mensur erhalten die Kontrahenten »Sekundanten«, die ihnen beistehen. Auf Kommando leeren sie dann ihr Glas. Oft folgt darauf eine weitere Runde. Am Ende sind die Teilnehmer erheblich alkoholisiert. Gerade junge Studenten gehen dabei über ihre körperlichen Grenzen. Um Teil der Gemeinschaft werden zu können, muss der Fux aber Zwang gegen sich selbst ausüben, denn trotz allen Rausches gilt es Haltung zu bewahren. Dahinter steht oft eine männerbündisch inszenierte Freundschaft, keine Sympathie. Das Prinzip, erst einmal diverse Schmähungen über sich ergehen zu lassen, um später Macht ausüben zu können, ist dabei typisch für das autoritäre Reglement. Daneben zeigt es auch die klassische Form patriarchaler Strukturen: Väterliche Liebe bei Anpassung, eine strafende Hand bei Regelübertretungen.

Noch ausgeprägter treffen diese Strukturen den Fux, wenn er im Verbindungshaus wohnt. Alle Lebensbereiche teilt er dann mit seinen Bundesbrüdern, er steht unter ständiger Kontrolle. Sozialkontakte außerhalb des korporierten

¹ Kurth, Alexandra: Männer – Bünde – Rituale. Studentenverbindungen seit 1800. Campus, Frankfurt/New York, 2004, S. 17

Umfelds werden immer seltener. Wer die Korporation wieder verlassen möchte, läuft Gefahr, isoliert und von anderen geschnitten zu werden. Obendrein verliert der Fux seine »Bude«. Wohl auch deshalb hat der AstA der Universität Göttingen vor Kurzem eine Beratungsstelle für ausstiegswillige Korporierte geschaffen.

Antisemitismus, Rassismus – Ausdruck reaktionären Denkens

Korporationen greifen auf studentische Organisationsprinzipien zurück, die zum Teil in das 12. Jh. zurückreichen. Für heutige Studentenverbindungen im deutschsprachigen Raum bietet die Jenaer Urburschenschaft von 1815, als erste gesamtdeutsche, den historischen Bezugspunkt. Sie wählte in Anlehnung an das Lützower Freikorps die Farben Schwarz-Rot-Gold für die Fahne und sang Ernst Moritz Arndts Lied »Was ist des Teutschen Vaterland?«. Darin finden sich Rückbezüge auf das »Heilige Römische Reich Deutscher Nation« und auf die Germanenstämme. Hass auf Frankreich (»wo jeder Franzmann heisset Feind«) und christliche (meist anti-jüdische) Ausschließlichkeit dienen dem reaktionären Flügel der Burschenschaften als ideologische Bezugspunkte². Diese beziehen sich historisch auch auf das Wartburgfest bei Eisenach (1817), bei dem eine von Anhängern des »Turnvaters« Friedrich Ludwig Jahn inszenierte Bücherverbrennung stattfand. Die Schrift »Germanomanie« von Saul Ascher wurde damals mit den Worten »Wehe über die Juden, so da festhalten an ihrem Judentum« ins Feuer geworfen.

Von einigen Burschenschaften ging zur gleichen Zeit allerdings auch ein demokratisch-revolutionärer Impuls mit dem Ziel aus, einen Nationalstaat gründen zu wollen. Der Adel ging deshalb entsprechend repressiv gegen diese vor. Viele von ihnen saßen später als Abgeordnete in der Frankfurter Nationalversammlung (1848/49), die hauptsächlich das Bildungsbürgertum repräsentierte.

Nach der Gründung des Deutschen Kaiserreichs (1871) gaben die Studentenverbindungen den Gedanken eines einheitlich demokratischen Gesellschaftsaufbaus de facto wieder auf. Antijüdische Ressentiments verdichteten sich immer mehr zu einem »modernen« Antisemitismus.

1881 wurde die Deutsche Burschenschaft (DB), wie es sie heute noch als Dachverband gibt, als »Allgemeiner Deputierten-Convent« gegründet. Schon ab 1893 wurden Juden systematisch ausgeschlossen, später auch »jüdisch Stämmige«. Zunächst geschah dies gegen den Widerstand einiger Alten Herren, die den liberalen Traditionen der Bewegung anhängen. Nach dem Ersten Weltkrieg verfolgte die DB weiterhin antisemitische Tendenzen, die sich zunächst in einem Heiratsverbot ausdrückten. Die Weimarer Republik hingegen wurde auf breiter Front abgelehnt. Mit dem »Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund« (NSDStB) gab es zwar anfänglich Konflikte, die sich aber nicht auf die in-

haltliche Ausrichtung bezogen. 1935 gliederte sich die DB dann freiwillig dem NSDStB an.

1945 verboten die Alliierten alle Burschenschaften und Studentenverbindungen. Doch schon nach wenigen Jahren kam es im Westen und in Österreich wieder zu Neugründungen (1950: die Deutsche Burschenschaft in Marburg, 1952: die Deutsche Burschenschaft in Österreich). Beide Dachverbände waren zunächst eigenständig. 1971 fusionierten sie, dem völkischen Gedanken des rechten Flügels folgend.³

Mitte der 1990er-Jahre traten mehrere Verbindungen nach Querelen aus der DB aus. Sie sahen sich durch die österreichischen Burschenschaften und den in der Burschenschaftlichen Gemeinschaft (BG) organisierten rechten Flügel zu sehr dominiert. Sie gründeten 1996 die Neue Deutsche Burschenschaft (NDB).

Auch heute noch sind völkische Elemente für die DB konstitutiv. Neben dem regionalen Bezugsrahmen, der Österreich als »deutschen Staat« vereinnahmt, muss jeder Burschenschafter in der DB dem »deutschen Volke« angehören. Aktuell setzt die BG als die Ultrarechte im Dachverband besonders rassistische Akzente: Nachdem die Hansea Mannheim 2011 den Studenten Kai Ming Au aufgenommen hatte, forderte die BG den Ausschluss der Hansea aus dem Dachverband. Au ist ein Kind chinesischer EinwanderInnen. Trotz deutscher Staatsangehörigkeit ist er nach Auffassung der BG kein Angehöriger des deutschen Volkes, da ihm die deutsche Abstammung fehle.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Die Praktiken der Korporationen sind einer modernen Gesellschaft nicht angemessen. Sowohl in ihrem Geschlechterbild als auch in ihrer elitären wie autoritären Struktur und ihren Ritualen ist das Verbindungswesen nach wie vor dem 19. Jh. verhaftet. Eine »demokratische Tradition« können sie für sich nicht reklamieren, insbesondere nicht nach der Betrachtung ihrer Rolle im Nationalsozialismus. An diesen knüpft die DB heute noch ideologisch an – bis hin zu der Auffassung, das Deutsche Reich sei 1945 nicht untergegangen, sondern bestehe unverändert fort⁴. Das Korporationswesen ist dabei kein monolithischer Block – doch Distanzierung in jüngerer Zeit, z. B. durch den katholischen Cartellverband (CV), wirken nach Jahren der stillschweigenden und praktischen Unterstützung wenig glaubwürdig. Die als liberaler geltenden Corps sagten sich schon länger von der DB los, jedoch nur in der Bundesrepublik – in Österreich marschieren sie seit an Seit und oft in den Reihen der FPÖ.

³ In dem als »historischen Kompromiss« eingegangenen Beschluss wurde zugleich festgehalten, dass die Deutsche Burschenschaft nicht durchgängig pflichtschlagend ist; einige Bünde stellen es deshalb heute ihren Mitgliedern frei, eine Mensur zu schlagen, andere verzichten vollständig darauf.

⁴ Vgl. Verlag BurschenDruck (Hg): Handbuch der Deutschen Burschenschaft. Memminger MedienCentrum Druckerei und Verlags-AG, Memmingen, 2005, S. 266 f.

von Michael Mende

Mitglied im Vorstand der GEW Rosenheim



Eine Langfassung des Artikels mit wichtigen weiteren Hintergrundinformationen stellen wir auf unsere Homepage zur Web-Ausgabe dieser DDS: www.gew-bayern.de

² Demgegenüber hat das Lied auch eine demokratisch-revolutionäre und fortschrittliche Komponente, die von vielen Burschenschaffern bis in die zweite Hälfte des 19. Jh. hochgehalten wurde.

Traumjob Wissenschaft?

Prekäre Beschäftigung gibt es auch an Hochschulen

Im Juli informierte die GEW an den Universitäten Regensburg und Passau über die Arbeitsbedingungen im wissenschaftlichen Bereich. GEW-Hauptvorstandsmitglied Dr. Andreas Keller analysierte die aktuelle Situation an deutschen Hochschulen hinsichtlich der Personalstruktur und der Berufswege der Beschäftigten in der Wissenschaft. Der Sprecher der frisch gegründeten Gewerkschaftshochschulgruppe Passau, Hannes Niedermeier, brachte es in seinem Grußwort auf den Punkt: »Viele Menschen denken immer noch, wenn man an die Uni kommt, hat man ausgesorgt.«

Wie die Wirklichkeit an deutschen Hochschulen aussieht, zeigte anschließend Keller auf. Gerade die Zunahme der Studierendenzahlen und die Reform der Studiengänge und Finanzierung der Hochschule stellt die Beschäftigten und die Hochschulen vor große Herausforderungen. Immer mehr Beschäftigte sind mit befristeten Arbeitsverträgen und prekärer Beschäftigung konfrontiert, gleichzeitig soll jedoch gute Lehre für Studierende sichergestellt werden. Steigende Mittel für Forschungsprojekte, Sonderforschungsbereiche, Exzellenz-Cluster, Graduiertenzentren und Stipendien ziehen mehr und mehr HochschulabsolventInnen an den Arbeitsplatz Wissenschaft – trotz oft schlechter Arbeitsbedingungen. Inzwischen haben 83 Prozent der angestellten WissenschaftlerInnen an deutschen Universitäten befristete Verträge. Auch mit dem geringen Anteil von 14 Prozent Professuren im Universitätspersonal steht Deutschland im internationalen Vergleich alleine da. Entsprechend liegt die Hauptlast der zunehmenden Lehr-, Verwaltungs- und Forschungsaufgaben beim wissenschaftlichen Mittelbau und bei der steigenden Zahl von schlecht bezahlten Lehrbeauftragten und Hilfskräften, welche Wissenschaft beide per Definition nur im Nebenberuf ausüben.

Fehlende berufliche Perspektiven im Wissenschaftssystem, hohe Lehrlast, zunehmende Verwaltungsaufgaben, persönliche Abhängigkeit, Befristungsketten und fehlende Zeit für die eigene Qualifikation machen das Berufsfeld Wissenschaft zusätzlich unattraktiv.

Doch gute Lehre und Forschung auf der einen Seite



Dr. Andreas Keller

sowie gute Arbeitsbedingungen und berufliche Perspektiven auf der anderen sind zwei Seiten einer Medaille. Die GEW fordert daher Bund, Länder und Hochschulen zu einer Reform von Personalstruktur und Berufswegen in Hochschule und Forschung auf. Mit dem »Templiner Manifest« entstanden auf der Wissenschaftskonferenz der GEW im Jahr 2010 daher Forderungen der Gewerkschaft an die Ausgestaltung der Personalstruktur und die Rahmenbedingungen für gute Lehre und Forschung an den Hochschulen. Die Wissenschaftler benötigen verlässliche Berufsperspektiven. Ansonsten ist die Qualität der Wissenschaft gefährdet. Die Oppositionsparteien im Deutschen Bundestag haben dies bereits erkannt und übernahmen viele Forderungen der GEW.

Andreas Keller wies alle Zuhörer darauf hin, sich zu informieren. »Sobald man eine Stelle hat, ist es ganz

wichtig, dass man sich über seine Rechte informiert. Da kann der Personalrat an der Hochschule Tipps geben, die GEW bietet ihren Mitgliedern eine Beratung an.«

Die Forderungen des Templiner Manifests

1. Promotionsphase besser absichern und strukturieren.
2. Postdocs verlässliche Perspektiven geben.
3. Daueraufgaben mit Dauerstellen erfüllen.
4. Prekäre durch reguläre Beschäftigung ersetzen.
5. Im Gleichgewicht lehren, forschen und leben.
6. Ausgeglichenes Geschlechterverhältnis durchsetzen.
7. Gleichberechtigt mitbestimmen.
8. Mobilität fördern, nicht bestrafen.
9. Hochschule und Forschung bedarfs- und nachfragegerecht ausbauen.
10. Alle Beschäftigungsverhältnisse tarifvertraglich aushandeln.

von Markus Zaglmann

Organisationssekretär der GEW für Niederbayern und die Oberpfalz



Möglicher Weg einer Dienstvereinbarung

Probephase – Evaluierung – Neufassung

Darüber, dass an der Johannes-Gutenberg-Universität (JGU) Mainz seit 2004 eine Dienstvereinbarung (DV) mit dem Titel »Dienstvereinbarung – Partnerschaftliches Verhalten« existiert und damit im universitären Bereich eine Vorreiterrolle einnimmt, haben wir bereits berichtet.* Die Unterzeichner der DV, der damalige Präsident der Universität Prof. Dr. med. Jörg Michaelis und der damalige Personalratsvorsitzende Dr. Siegfried Wenneis, legten in der DV fest, dass diese nach einer Probephase von drei Jahren evaluiert werden sollte. Die Ergebnisse sollten Aufschluss darüber geben, ob eine Neufassung der DV notwendig ist.

Dorothea Weniger, Mitglied der DDS-Redaktion, befragte dazu Elke Karrenberg, Leiterin des Referats Personalservice und -entwicklung und damalige Projektverantwortliche, und Rüdiger Wetzel, Personalratsvorsitzender.



Elke Karrenberger



Rüdiger Wetzel

DDS: Frau Karrenberg, auf welche Initiative ging die DV damals zurück und welche Ziele wurden damit verfolgt?

Elke Karrenberg: Die DV war das Ergebnis eines Teilprojekts zum Thema »Partnerschaftliches Verhalten am Arbeitsplatz«, das im Rahmen eines uniweiten Reformprozesses unter dem Titel »Neues Steuerungsmodell« durchgeführt wurde. Die Initiative für die DV ging vom Personalrat aus. Damit sollte im Reformprozess, der große Veränderungen in Gang gesetzt hat, auch die Perspektive der Beschäftigten mit eingebunden werden.

Grundlegend ging es darum, präventive Maßnahmen bei Konflikten und auch Mobbing aufzusetzen. Zentral war die Idee eines uniweiten Commitments darüber, wie die Zusammenarbeit an der JGU gestaltet sein soll.

DDS: In den Erläuterungen zur DV von 2004 heißt es unter § 9: »Mit der vorgelegten Dienstvereinbarung und den vorgeschlagenen Maßnahmen betritt die Universität Mainz Neuland.« Deshalb wurde der DV eine Probephase eingeräumt. Von außen betrachtet könnte man meinen, Sie hatten Zweifel am Inhalt Ihrer DV. Haben Sie sich in der Ausarbeitungsphase keine Unterstützung vonseiten einer Gewerkschaft oder einer externen Stelle geholt?

Elke Karrenberg: Das war nicht das Problem. Wir verfügten über vielfältiges Material, u. a. von den Gewerkschaften, öffentlichen Arbeitgebern und Unternehmen. Einige Universitäten hatten bereits Konfliktberatungsstellen, deren Konzepte wir für uns ausgewertet haben. Die Probephase ergab sich vor allem daraus, dass mit der DV eine neue Institution, die Konfliktberatung, eingerichtet wurde. Deren Ergebnisse wollten wir abwarten und evaluieren.

DDS: Die DV nimmt für sich in Anspruch, dass sie das Leitbild der Universität und der Verwaltung widerspiegelt. Ein Ergebnis der Evaluation aus dem Jahre 2007 ist aber, dass nur wenige Vorgesetzte mit Leitungsfunktion (31,6 %) die DV und ihre Inhalte kennen, obwohl § 4.1.1 der DV der Hochschulleitung die Verantwortung über die Präventivmaßnahmen überträgt, da sie Teil der Fürsorgepflicht sind. Welche Mittel standen Ihnen zur Verfügung, um Vorgesetzte in diesem Punkt stärker in die Pflicht nehmen zu können?

Elke Karrenberg: Das Thema »Partnerschaftliches Verhalten« ist inzwischen in die Führungskräfteentwicklung implementiert worden. Darüberhinaus müsste die interne Öffentlichkeitsarbeit verstärkt werden, um über die DV und die daraus resultierenden Pflichten für Vorgesetzte zu informieren.

DDS: Herr Wetzel, welche Wege geht denn der Personalrat, um den Bekanntheitsgrad der DV zu erhöhen?

Rüdiger Wetzel: Uns stehen hier mehrere Möglichkeiten zur Verfügung: So berichten wir in der Zeitung des Personalrats, die vierteljährlich erscheint, darüber. Die DV soll aber auch auf unserer Homepage, die gerade überarbeitet wird, abgelegt und für alle zugänglich gemacht werden. Dann gibt es auch noch die Personalversammlungen und die Beratungen, bei denen wir die Beschäftigten darauf hinweisen. Überlegt haben wir auch die Idee, ein Einführungs paket für neue Mitarbeiter zusammenzustellen. Da die JGU aber derzeit über 18 Dienstvereinbarungen verfügt, haben wir diesen Gedanken unter dem Gesichtspunkt der Informationsflut wieder verworfen. Geblieben ist, dass bei der Einstellung neuer Mitarbeiter auf den Personalrat hingewiesen wird, der dann wieder über die DV informiert.

DDS: In § 6 der DV wird ein breites Beratungsnetz aufgeführt, das die Beschäftigten bei Konflikten nutzen können. Dazu

* Der Text der DV kann unter http://www.personalentwicklung.uni-mainz.de/Dateien/DV_partnVerhalten.pdf, der Evaluationsbericht unter http://www.zq.uni-mainz.de/Dateien/evaluationsbericht_partnerschaftliches-verhalten_2008_1_15.pdf eingesehen werden.

zählen eine betriebsärztliche Dienststelle, ein Frauenbüro mit Gleichstellungsbeauftragter, eine Konfliktberatungsstelle, eine Personalabteilung, ein Personalrat sowie eine psychotherapeutische Beratungsstelle. Dieses Beratungsnetz weist mit Einschränkung laut Evaluation einen hohen Bekanntheitsgrad auf. Wie erklären Sie sich die Diskrepanz, dass auch unter den Beschäftigten nur wenige die DV kennen, dagegen das Beratungsnetz sehr bekannt ist?

Rüdiger Wetzl: Die meisten der genannten Institutionen haben Beratungsfunktion. Sie hatten sich schon vor der Unterzeichnung der DV etabliert. Allerdings arbeiteten sie früher nebeneinander her, sodass es auch zu Doppelberatungen kam. Mit der DV wurde eine Konfliktberatungsstelle eingeführt, die für eine Verzahnung der Beratungsstellen sorgen sollte. Schließlich sollten alle Beratungsstellen in einem Beratungsnetz gebündelt werden.

In der Konfliktberatungsstelle arbeitet ein Mitarbeiter, der weisungsunabhängig von außen auf etwaige Konflikte blickt und nach neutralen Lösungsansätzen sucht. Außerdem werden von dort aus die Weiterbildungen für alle Institutionen des Netzwerkes organisiert.

DDS: Frau Karrenberg, aufgrund der Evaluation stellte sich die Frage, ob zusätzlich ein Ombudsmann bzw. eine Ombudsfrau in das Beratungsnetz aufgenommen werden sollte. Zu welchem Ergebnis führte die Diskussion darüber?

Elke Karrenberg: Bei den Diskussionen ging es um einen Ombudsmann für die Wis-

senschaft. Als Aufgabenfelder kamen Themen wie gute wissenschaftliche Praxis bzw. wissenschaftliches Fehlverhalten in Betracht. Meines Wissens wurde dann aber auf den Ombudsmann verzichtet, da die inhaltlichen Schnittmengen zu klein waren.

DDS: Diskutiert wurde auch, ob sich die einzelnen Stellen des Beratungsnetzes gemäß dem Prinzip der kollegialen Beratung gegenseitig unterstützen sollten. Da dies gleichberechtigte und gleichgestellte PartnerInnen voraussetzt, wurde die Doppelfunktion des Personalrates kritisch gesehen. Dieser ist nämlich aufgrund der Aufgabenverteilung, die in der DV festgelegt ist, sowohl Teil des Beratungsnetzes als auch Kontrollinstanz. Wie wurde dieses Problem gelöst?

Rüdiger Wetzl: Gar nicht. Das Problem ist im Bewusstsein aller Beteiligten, aber Fakt ist auch, dass es in der alltäglichen Arbeit nicht als echtes Problem auftaucht. Als

Personalrat pflegen wir einen positiven Umgang mit der Dienststelle. Trotz dieses Konsenses kann man aber auch mal vor Gericht gehen, am respektvollen Umgang miteinander ändert dies nichts. Gerichtsentscheidungen werden dann als Lösung von außen gewertet und akzeptiert.

DDS: § 14 des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) lautet: »Ergreift der Arbeitgeber keine oder offensichtlich ungeeignete Maßnahmen zur Unterbindung einer Belästigung oder sexuellen Belästigung am Arbeitsplatz, sind die betroffenen Beschäftigten berechtigt, ihre Tätigkeit ohne Verlust des Arbeitsentgelts einzustellen, soweit dies zu ihrem Schutz erforderlich ist. § 273 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bleibt unberührt.« Ihre Evaluationsergebnisse führten dazu, dass darüber nachgedacht wurde, ob dieser Passus in die DV aufgenommen und auf das Thema Mobbing ausgeweitet werden sollte. Zu welchem Ergebnis sind Sie in dieser Frage gekommen?

Rüdiger Wetzl: Diesen Punkt haben wir wirklich sehr kontrovers diskutiert. Am Ende haben wir uns dann dafür

entschieden, diesen Passus nicht in die Neufassung der DV aufzunehmen. Im Diskussionsprozess wurde uns klar, dass das AGG bezüglich Belästigung und sexueller Belästigung eine klare und eindeutige Linie verfolgt. Der Begriff des Mobbing ist demgegenüber weniger greifbar. Das im AGG erwähnte Leistungsverweigerungsrecht kann hier bei eigenmächtiger Anwendung durch den Beschäftigten schnell als mögliche Arbeitsver-

weigerung interpretiert werden, mit allen daraus resultierenden arbeitsrechtlichen Folgen.

Damit würde ein Nebenschauplatz eröffnet, den wir so nicht befürworten können. Hier legen wir den Schwerpunkt auf Beratung und Konfliktlösung.

DDS: Wissen Sie, ob inzwischen andere Universitäten mit eigenen DVen zum Thema »Partnerschaftliches Verhalten« nachgezogen haben?

Rüdiger Wetzl: In Rheinland Pfalz ist mir nichts bekannt. Sie müssen aber bedenken: Eine gute DV setzt nicht nur Diskussionsbereitschaft, sondern auch personelle und finanzielle Ressourcen voraus.

DDS: Frau Karrenberg, Herr Wetzl, vielen Dank für das Gespräch.



Foto: Robert Michel

Gehobene Küche, kunstvoll präsentiert

Endlich weiß ich, wozu unsere Schüler »präsentieren« üben! Ich hatte das Glück, ein Szene-Lokal an der Alster zu erleben. Wir waren ein Rudel von zehn Personen. Jeder bekam einen eigenen Diener, der die Stola abnahm und das Stühlchen zurechtrückte. Ich hatte keine Ahnung, wie ausführlich man sich über Wein unterhalten kann. Als Biertrinkerin weiß ich, dass es roten und weißen gibt, den man mit Sprudel anreichern kann. Der Rudelchef besprach mit einem eigens aus dem Weinkeller ange-reisten Jüngling geheimnisvolle Dinge. Daraufhin erschien ein forsches Mädels, räumte zehn Gläser vom Tisch und stellte zwanzig neue auf. Der Rudelchef bekam eine winzige Neige Rotwein in sein Glas, ließ die Flüssigkeit kreisen und sah ihr dabei aufmerksam zu. Dann hängte er seine Zungenspitze ins Gefäß und schloss die Augen. Das Lokal wartete gespannt. Der Rudelchef nahm ein Schlückchen, spülte und gurgelte wie beim Zahnarzt und horchte nach dem Abgang geraume Zeit in sich hinein. Schließlich nickte er dem Kellner*) huldvoll zu. Die Tischgruppe bekam nun auch zwei Fingerbreit Rotwein. Von temperamentvollen Südländerinnen handverlesen, fußgestampft und in edlen Fässern herangereift. Ich bestellte aus Trotz Bier. Zur Strafe war es lauwarm.

Vorher hatte ich in einem Business-Artikel gelesen, dass man zum abendlichen Essen auf gar keinen Fall braune Schuhe trägt! Außerdem wusste ich, dass man Brühe unter keinen Umständen anblasen oder schlürfen darf. Den Löffel schiebt man niemals quer in den Mund! Brotkrümel werden nicht mit dem angefeuchteten Zeigefinger vom Tischtuch aufgelesen. Trotz meines beachtlichen Wissens stach ich aus der Tafelgruppe heraus, denn ich trug kein Cocktailkleid und keine schwarzen High Heels. Die anwesenden Männer allerdings auch nicht.

Vor mir waren so viele Messer und Gabeln eingedeckt, als würden noch Schneewittchen und die sieben Zwerge erwartet. Es marschierten aber in einer langen Prozession zehn Bedienstete in weißen Gewändern auf. Sie stellten sich hinter uns und servierten mit synchronem Armausholen jedem Gast ein Tässlein mit gelbroter Flüssigkeit und einen grünen Keks. Die Anführerin der Prozession verkündete laut und deutlich, dies sei ein Gruß aus der Küche, ein Auberginen-Artischocken-Süppchen, angereichert mit Aromen der kenianischen Zwergpomeranze und Sahne vom ostfriesischen Weiderind. Der grüne Keks bestand aus Mangold, Feigengrieß und gedünsteter Wachtelleber. Am Tisch brachen die ersten Begeisterungsorgasmen aus: »Vorzüglich! Exquisit!«

*) Um mir und Ihnen Leserbriefe zu ersparen: Der Fachterminus ist natürlich Sommelier!

In einer langen Polonaise trug das Personal den Gruß aus der Küche ab. Auf den nächsten Tellern lagen drei Köttbullar und ein roher Schnipsel Fisch. Die Köttbullar wurden aber von dem forsches Mädels als geröstete Wolfsbarschbäcklein in Wasabi-Creme und Sesamkrokant deklariert. Neben mir brach der nächste kulinarische Orgasmus los: »Ganz auserlesen! Wunderbar!« Mein Teller drohte schon wieder als erster leer zu werden. Ich schob deshalb den letzten Köttbullar lange hin und her. Währenddessen erörterte meine Tischgruppe, was der rote Klecks neben dem marinierten Thunfisch sein könnte. Eine pürierte Waldhimbeere? Eine flambierte Vogelbeere? Ich schlug Essenz von der »Tyttebär« vor (so heißt in Dänemark eine Marmeladensorte). Es war aber eine sautierte Sauerkirsche.

Ich habe mir leider nicht alles merken können, was die Ballettgruppe an raffinierten Kleinigkeiten auftrug. Obwohl die Trompete von Jericho bei jedem Gang ausführlichst verkündete, was auf uns zukam. Diese vielen Details auswendig zu lernen, war sicher mühsam. Deswegen ist Präsentieren als Prüfungskomponente in der Schule so unglaublich wichtig. Hier verbindet sich Schule mal ganz direkt mit dem wirklichen Leben. Man weiß ja nie, ob man nicht irgendwann als Servicefachkraft in einem Feinschmeckerlokal landet. Stark beeindruckt haben mich das Eisbein vom Moorhuhn, der Rehkitzrücken im provenzalischen Heusud, die Spitzkohlpraline in Wolfsmilch und die vielen Weingläser, die aufgefahren wurden. Auch die riesige Himbeergeistflasche, die mit einem Kellner darunter anrollte, blieb nicht ohne Wirkung auf mich.

Der alles abrundende Kaffee kam von der indischen Schleichkatze**), die für Feinschmecker Kaffeebohnen verdaut und dabei mit ihren Enzymen anreichert. Lecker. Um Mitternacht trinke ich aber keinen Kaffee mehr. Schon gar nicht solchen. Die Oberkellnerin trug zwei zierliche Tablett mit einer überschaubaren Menge an Süßigkeiten auf. Sie konnte alle schokolierten Winzigkeiten mit Namen und Zutaten anführen. Ich fragte interessiert, für wen die beiden Tellerchen wären. Daraufhin bekamen wir noch vier solcher Ensembles, und mein Gatte sah peinlich berührt zu Boden. »Essen dient der Ernährung, man spricht nicht darüber«, flötete ich ihm zu. Den schönen Satz hatte ich aus einem Lorient-Film. Ich beschloss, am nächsten Abend in Kreuzberg eine ordentliche Curry-Wurst vom Brandenburger Apfelschwein zu essen...

**) Dieser Kaffee ist keine satirische Fiktion, er heißt Kopi Luwak und kann schon für 30 Euro erworben werden (100 Gramm).

»Faire Spielregeln für Praktikanten – Leitfaden für die Praxis«

Muss ein Praktikantenvertrag schriftlich abgeschlossen werden? Haben PraktikantInnen Anspruch auf Vergütung und Urlaub? Kann der Arbeitgeber einen Praktikantenvertrag auch vorzeitig kündigen? Welche sozialversicherungsrechtlichen Vorschriften sind zu beachten? Diese und andere Fragen beantwortet ein neuer Leitfaden für PraktikantInnen und ihre Arbeitgeber. Er soll sicherstellen, dass in Wirtschaft und Verwaltung die klaren Regeln auch eingehalten werden. Erarbeitet wurde der Leitfaden vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales, dem Bundesministerium für Bildung und Forschung und diversen Arbeitgeberverbänden. Der Leitfaden macht deutlich: PraktikantInnen dürfen keine billigen Arbeitskräfte sein, sie nehmen Einblick in die Arbeitswelt und lernen für ihre berufliche Zukunft. Damit es dabei fair zugeht, müssen alle Beteiligten die Spielregeln kennen. Der Leitfaden soll die Qualität von Praktika und den wertschätzenden Umgang miteinander fördern. PraktikantInnen können mit dem Leitfaden überprüfen, ob die rechtlichen und inhaltlichen Vorgaben bei ihrem Praktikum erfüllt sind. Unternehmen, vor allem kleine und mittlere, können sich über die verschiedenen Formen von Praktika informieren und erhalten Unterstützung, etwa bei der Vertragsgestaltung. Der Leitfaden ist abrufbar unter:
http://www.bmbf.de/pubRD/merkblatt_ueber_praktika.pdf

Zwangsexmatrikuliert Hochschulen gegen Studis

Bundesweit werden in den nächsten Semestern tausende StudentInnen von den Hochschulen vor die Tür gesetzt, weil sie angeblich nicht schnell genug studiert haben. Darauf weist der »freie Zusammenschluss der studentInnenschaften« (fzs) hin. Die Hintergründe, warum die Betroffenen länger an der Uni zubrachten als von den Hochschulleitungen vorgesehen, würden in diesem Prozess leider nicht beachtet, kritisiert der fzs. Soziale Härtefälle, gesellschaftliches Engagement, Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen, chronische Krankheiten und weiteren Gründen für ein verlängertes Studium werde keine Beachtung geschenkt. Infos zum Thema gibt's auf dem Blog
www.zwangsexmatrikuliert.de

»Wohin ich schon immer mal reisen wollte ...«

Unter diesem Motto ist ein Jahreskalender von Kindern mit Behinderung erschienen. Für 13 Kinder mit Behinderung ging jetzt ein Traum in Erfüllung. Ihre gemalten Bilder wurden im Kunstkalender »Kleine Galerie 2012« veröffentlicht. Das Thema

Dies und Das

des diesjährigen Malprojektes lautete »Wohin ich schon immer einmal reisen wollte ...«. Der Kalender ist nicht im Handel erhältlich. Er kann ab sofort beim Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e.V. reserviert werden. Auf dessen Website gibt es auch weitere Informationen über das Projekt.

Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e. V.

Altkrautheimer Straße 20 • 74238 Krautheim

Tel.: 0 62 94-42 81-70

oder über info@bsk-ev.org

www.bsk-ev.org



Noch Doktorspiel? Schon Übergriff? Eine Fortbildung in zwei Teilen.

Teil 1: MitarbeiterInnen in pädagogischen Einrichtungen sind immer wieder mit sexuellen Verhaltensweisen von Kindern konfrontiert, die irritieren und verunsichern. Ihnen fällt schwer, »normale« sexuelle Aktivitäten von Kindern und Jugendlichen von sexuellen Übergriffen zu unterscheiden und adäquat darauf zu reagieren. Diese Unsicherheit ist ein Grund dafür, dass kindliche Sexualität zunehmend als Problem gesehen wird, dass normale sexuelle Aktivitäten von Mädchen und Jungen dramatisiert, sexuelle Übergriffe hingegen heruntergespielt werden. Eine Fortbildung für Fachfrauen und Fachmänner, die die Kontakt- und Informationsstelle für Mädchenarbeit IMMA in Kooperation mit Amyra e. V. anbietet, soll Fachkräfte dazu befähigen, »normale« sexuelle Aktivitäten von sexuellen Übergriffen zu unterscheiden und im pädagogischen Alltag kompetent, angemessen und sicher auf die unterschiedlichen Facetten kindlicher Sexualität zu reagieren.

Teil 2: Mädchen und Jungen, die Jugendhilfe in Institutionen erhalten, haben vermutlich Grenzverletzungen in ihrem bisherigen Umfeld erfahren. Wie in der Fachwelt inzwischen reichlich bekannt ist, gibt es unterschiedlichste Wege, wie diese betroffenen Kinder und Jugendlichen das eigene Leid verarbeiten. Ein möglicher Weg ist, die eigenen Erfahrungen zu wiederholen und damit weitere Opfer zu schaf-

fen. Der zweite Teil der Fortbildung bietet die Grundlagen für die Möglichkeit, innerhalb von Institutionen Rahmenbedingungen anzuregen, die eventuell Übergriffe verhindern, bzw. die die offene und konstruktive Bearbeitung von Vorfällen ermöglichen. Inhalte der Fortbildung: konzeptionelle Anregungen für einen geschützten Rahmen, Dynamik bei betroffenen Kindern und Jugendlichen, Arbeitsansätze, wie offen und konstruktiv mit der Thematik auf allen Ebenen umgegangen werden kann.

Termin: 22. bis 24.11.2011,

jeweils 9.30 bis 17.00 Uhr

Anmeldung umgehend!

Kosten: 250 EUR

IMMA Kontakt- und Informationsstelle für Mädchenarbeit • Jahnstr. 38 • 80469 München
Tel. 0 89-23 88 91 20

kontakt.informationsstelle@imma.de

Preis der bayerischen NaturFreunde für Arbeiten zur Verbandsgeschichte

Die NaturFreunde sind heute die älteste aus der Arbeiterbewegung hervorgegangene Kultur- und Freizeitorganisation. Damals wie heute versteht sich der Verband als parteiübergreifend, aber keineswegs als politisch neutral. 1895 wurden sie als genossenschaftliche Selbsthilfeorganisation in Wien gegründet. Viele Ortsgruppen, Verbandsgliederungen und NaturFreundehäuser auch in Bayern feiern gegenwärtig Jubiläen und regen historische Diskussionen an – u. a. im übernächsten Jahr die konkreten und lokalen Umstände des Verbots durch die Nazis 1933.

Die bayerischen NaturFreunde und der NaturFreundeJugend-Landesverband fördern daher seit Jahren innerverbandliche, schulische und universitäre Forschung zu historischen, theoretischen und praktischen Aspekten der Verbandstätigkeit mit jährlich bis zu € 250. Es kann sich also lohnen, über diese Geschichte und Gegenwart nachzudenken und sie aufzuschreiben. Für größere Projekte, Examensarbeiten und Dissertationen sind Publikationszuschüsse denkbar. Kontakt:

NaturFreundeJugend Bayern

Köhnstr. 42 • 90478 Nürnberg

Tel. 09 11-39 65 13 • Fax 09 11-33 95 96

bayern@naturfreundejugend.de

sowie

NaturFreunde Deutschlands e.V.

Landesverband Bayern

Peter Poelloth, Landesgeschäftsführer

Kraußstrasse 3 • D-90443 Nürnberg

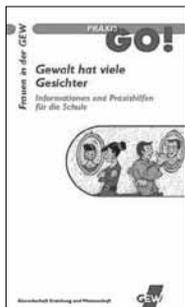
Tel. 09 11-23 70 513 • Fax: 09 11-2 37 05 10

poelloth@nf-bayern.de

Gewalt hat viele Gesichter Informationen und Praxishilfen für die Schule

Gewalt kommt in vielfältigen Ausprägungen vor, häufig trifft sie Kinder und Ju-

gendliche, sowohl Mädchen als auch Jungen. Sie erleben Gewalt zuhause, in der Schule oder im öffentlichen Raum. Lehrerinnen und Lehrer erfahren in ihrem Schulalltag nur einen Ausschnitt der Lebensrealität ihrer Schüler und Schülerinnen. Dennoch kann Schule einen wichtigen Beitrag zur Gewaltprävention leisten. Anregungen dazu will das Praxisheft »Gewalt hat viele Gesichter« vermitteln. Es werden Ausprägungen von Gewalt vorgestellt und aufgezeigt, wie gewalttätige Handlungen in der Schule differenziert beurteilt werden können. Ein Fragenkatalog



bietet die Möglichkeit zur Reflexion. Die Bedeutung der Geschlechtszugehörigkeit bei der Einschätzung des Gewalthandelns wird erläutert. Praktische Ansätze zur Gewaltprävention und Informationsstellen zur Unterstützung bei der pädagogischen Arbeit runden die Broschüre ab. Die Broschüre gibt es im GEW-Shop unter Artikel-Nr. 1431; Mindestbestellmenge 10 Stück, Einzelpreis 1,60 EUR, zzgl. Verpackungs- und Versandkosten.

www.gew-shop.de • gew-shop@callagift.de
Einzelbestellungen an: broschueren@gew.de.

Die Weissen kommen

Ein Theaterstück über Afrika. Über uns.

Die »Berliner Compagnie«, die im vergangenen Jahr für ihr herausragendes Engagement auf dem Gebiet des politischen Theaters den Nationalen Aachener Friedenspreis erhielt, zeigt in ihrem Theaterstück die fortwährende Ausbeutung und Unterwerfung des Schwarzen Kontinents aus den unterschiedlichen Perspektiven und ohne den pädagogisch vermutlich ohnehin

Dies und Das

wertlosen, erhobenen Zeigefinger... Geboten wird ein aufwühlendes Stück über Afrika, das alle Aspekte aus den vergangenen fünf Jahrhunderten seit den ersten Eroberungsversuchen aufgriff. Die vier Darsteller spielen Handlanger der Großkonzerne und Ölmultis, Banker und Großgrundbesitzer, Kriegsherren, Kolonisatoren und Sklavenhändler. Verstößt einer gegen die zentrale Spielregel »Kein Mitleid«, mutiert er oder sie vom Ausbeuter zum Ausbeuteten, vom Unterdrücker zum Unterdrückten, vom Eroberer zum Eroberten und tritt ab, um als »Schwarzer« wieder auf die Bühne zurückzukehren. Diese »Schwarzwerdung« geschieht unter Zuhilfenahme der ganzen Bandbreite darstellerischen Könnens. Das vierköpfige Ensemble erzählt und deklamiert, singt und tanzt, spielt mit großem Gestus oder stellt reduziert, pantomimisch dar. Derart farbig dargeboten, lassen sich auch jene Passagen gut verkraften, die Gräueltaten zum Inhalt haben, für die man sich als Angehöriger der weißen Ethnie in alle Ewigkeit schämen müsste... Als ZuschauerIn geht man berührt nach Hause und denkt garantiert zukünftig anders über oder an Afrika. (Nach einem Bericht der »Bietighheimer Zeitung« über einen Auftritt der »Berliner Compagnie«.)

Die »Berliner Compagnie« lebt und arbeitet in Berlin, spielt jedoch ihre meist selbst entwickelten Stücke im gesamten deutschsprachigen Raum.

Unverbindliche Beratung sowie Buchung von Gastspielen bei

Karin Fries • BC-Tourneeplanung
Schleißheimer Str. 89 • 80797 München
Tel. 0 89-1 29 86 24 • Di - Fr 9.00 - 13.00 Uhr
karin-fries@berlinercompagnie.de
www.berlinercompagnie.de

fair
childhood
GEW-Stiftung
Bildung statt Kinderarbeit



Kindern
eine
Kindheit
geben

Jetzt mitmachen
und spenden:

Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft

Konto-Nr. 375 1880 188

BLZ 700 20 500

www.fair-childhood.eu

Kultur für Euch – »Kino für die Ohren«

Münchner Rundfunkorchester

Leitung: Frank Strobel • Moderation: Susanne Rohrer

Ein Konzertangebot des Münchner Rundfunkorchesters für alle Schulen der Landeshauptstadt mit Filmmusik aus »Fluch der Karibik«, »Gladiator«, »Star Wars«, »Harry Potter«, »Herr der Ringe« u.a.

Freitag 9. Dezember 2011

10.00 und 12.00 Uhr (Dauer ca. 60 Min.) • München, Philharmonie im Gasteig

Das Konzert ist Teil einer umfassenderen Initiative des Referats für Bildung und Sport der Landeshauptstadt München. »Kultur für Euch« soll kulturelle Bildung als festen Bestandteil auch schulischen Lernens stärken. Dies ist nach neueren Erkenntnissen der Bildungsforschung für alle Schultypen dringend erforderlich. Vor allem aber in den Schulen des beruflichen Schulwesens, wo kulturelle Bildung im Unterrichtsalltag nur einen sehr begrenzten Raum einnimmt, kommt es darauf an, den SchülerInnen kulturelle Angebote über Projekte und möglichst nachhaltige Veranstaltungen wie dieses Konzert zu machen.

Das berufliche Schulwesen ist traditionell ein Schwerpunkt kommunaler Schulpolitik in der Landeshauptstadt München, die immerhin ca. 80 berufliche Schulen unterhält.

Die Beruflichen Schulen ebenso wie die übrigen Münchner Schulen sind an diesem Freitagvormittag, 9. Dezember 2011, in die Philharmonie des Gasteig-Kulturzentrums eingeladen.

Das Programm mit Titeln aus dem Bereich der Filmmusik vermittelt die Nähe von symphonischer Musik und populärer – den Jugendlichen vertrauter – Kultur. Das Münchner Rundfunkorchester (»Münchens originellstes Orchester«) macht den Münchner SchülerInnen mit diesem Konzert das

Angebot, eine der Schnittmengen zwischen sog. Hochkultur und populärer Kultur sinnlich zu erleben und zu erfahren.

Das erste Konzert beginnt um 10.00 Uhr, das zweite (gleiches Programm) um 12.00 Uhr.

Karten für SchülerInnen: 8 EUR • Vorverkauf für diese Sonderkonzerte nur schriftlich über BRticket, Restkarten im regulären Vorverkauf.
Online-Karten für beide Konzerte [br-klassticket.de]

BRticket: Telefon 0 89-59 00 - 10 880 [BRticket.de]
Sammelbestellungen für Klassen/Schulen können auch über die Fachabteilung 1/Berufliche Schulen (Dr. Ritter, f-ritter@web.de) abgewickelt werden.

Interessante Veranstaltungen ab November 2011

Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an Susanne Glas in der GEW-Landesgeschäftsstelle: susanne.glas@gew-bayern.de

| | | | |
|--------------|--|--|--|
| 11.-12.11.11 | Schaff' ich die Arbeit oder schafft sie mich? * Seminar für GEW-Mitglieder über 50 Jahre. Mit Barbara Haas, GEW Baden-Württemberg. | Seminar | Pelham Hotel Seeblick |
| 18.-19.11.11 | Neu im Amt. * Für Personen, die neu eine Aufgabe in der GEW oder im Personalrat übernommen haben. Zentrales Ansinnen sind persönliche Stärkung und Rollenfindung in der neuen Aufgabe. | Seminar | Nürnberg Hotel Ibis Fr. 16.30 - Sa. 16.00 Uhr |
| 19.11.11 | TVöD und Entgeltordnung für Lehrkräfte. Seminar zur Tarifrunde 2012. Mit Peter Jonas (Näheres siehe nächste Seite). | Infoveranstaltung | Nürnberg DGB-Haus 10.30 - 16.00 Uhr |
| 21.-23.11.11 | Betriebsratsarbeit in Tendenzbetrieben. ** Mit Knut Becker. Näheres siehe: www.gew-bayern.de > meine Gewerkschaft > Termine | Seminar für Betriebsratsmitglieder nach § 37 Abs. 6 BetrVG | Niederpöcking DGB-Bildungszentrum |
| 23.11.11 | Schulen und Hochschulen ohne Militär. Eine Veranstaltung des AK Friedliche Schule und Hochschule der GEW München und des ver.di-Fachbereiches 5 (Näheres siehe unten). | Informationsveranstaltung | München Gewerkschaftshaus 18.00 Uhr |
| 23.11.11 | Inklusionsschulen in Bayern. Neueste Entwicklungen. Tandemklassen, Personal- und Sachausstattung. Mit Gabi Gabler, Vorsitzende der Landesfachgruppe Sonderpädagogische Berufe und Mitglied im HPR | Infoabend der FG GHMS und Sonderpäd. Berufe München/Obb. | München Gewerkschaftshaus 19.00 - 21.00 Uhr |
| 09.12.11 | Stimmbildung.* ** Training der Sprechstimme für den Alltag als Lehrerin. (GEW-Mitglieder: 5 EUR, Nicht-Mitglieder: 12 EUR.) Anmeldung per E-Mail an: Frank.Eickelmann@gew-bayern.de | Seminar | Nürnberg Gewerkschaftshaus 14.30 - 16.00 Uhr |
| 14.12.11 | Stütz- und Förderklassen. Das Konzept der Elisabeth-Bamberger-Schule Dachau. Vorgestellt von Klaus Funke. | Infoabend der FG Sonderpäd. Berufe München/Obb. | München Gewerkschaftshaus 19.00 - 21.00 Uhr |
| 12.01.12 | Das Projekt »Soziale Stadt« in Peißenberg-Wörth. Vorgestellt von Stephanie Eras, Quartiersmanagerin. Eine Veranstaltung der GEW Garmisch-Partenkirchen/Weilheim-Schongau | Infoabend | Peißenberg-Wörth Bürgerbüro 19.30 Uhr |
| 24.01.12 | Arbeit mit dem Whiteboard. Eine Unterrichtsstunde zur Entdeckung der Möglichkeiten. Anmeldung per E-Mail an: Frank.Eickelmann@gew-bayern.de | Seminarabend | Nürnberg EWF 17.30-19.00 Uhr |
| 25.01.12 | Testerei in der Grundschule. Vorkurse – Orientierungsarbeiten – VERA – Übertritt – Was kommt noch alles und was bringt's? | Infoabend der FG GHMS München | München Gewerkschaftshaus 19.00 Uhr |
| 25.01.12 | Erste Phase der Ausbildung für das Lehramt für Sonderpädagogik. Sophie Wimmer, LMU informiert über Struktur und Inhalte der Ausbildung. | Infoabend der FG Sonderpäd. Berufe München/Obb. | München Gewerkschaftshaus 19.00 - 21.00 Uhr |

Für München siehe immer auch: www.gew-muenchen.de. Weitere Informationen über die Mailinglist, Eintrag jederzeit widerruflich! Bitte per E-Mail anfordern.

* Anmeldung erbeten, falls nicht anders angegeben: GEW-Geschäftsstelle, Susanne Glas, susanne.glas@gew-bayern.de, Tel.: 0 89-54 40 81 16, Fax: 0 89-5 38 94 87
** Teilnahmegebühr



Der LesePeter ist eine Auszeichnung der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) der GEW für ein herausragendes, aktuelles Buch der Kinder- und Jugendliteratur. Die ausführliche Rezension (mit pädagogischen Hinweisen) ist im Internet unter www.AJuM.de (LesePeter) abrufbar.

Im November 2011 erhält den LesePeter das Sachbuch

Daniel Westland:

500 junge Ideen, täglich die Welt zu verbessern

rororo • Reinbek 2011 • 304 Seiten

13,95 EUR • ab 12 Jahren • ISBN 978-3-499-21502-5

Auf mehr als 500 Abschnitten sammelten die HerausgeberInnen eine Vielzahl von Anregungen gegen Verschwendung, Ausbeutung und Pessimismus – aber auch gegen das eigene schlechte Gewissen, wenn mann/frau sich mal wieder etwas gegen die Vernunft gönnt. So entstand ein aufmunterndes und vielfältiges Plädoyer für mehr Nachhaltigkeit im Alltag, das jede/r ohne große Probleme annehmen kann.



Der AK »Friedliche Schule und Hochschule« des GEW Stadtverbands München und des Verdi Fachbereiches 05 laden alle Interessierten zur Vernetzung unserer gemeinsamen Arbeit zu einer Veranstaltung ein:

Schule und Hochschule ohne Militär

am **23.11.2011**

um 18.00 Uhr in **München**

im DGB-Haus, Schwanthalerstr. 64

Es sprechen:

- Eberhard Enß, GEW-Vertrauensmann der Käthe-Kollwitz-Schule Offenbach
- Christoph Wiesner, Mitinitiator des Kongresses »Nein zur Militarisierung von Forschung und Lehre – Ja zur Zivilklausur« in Braunschweig
- ein Mitglied des Bayerischen Elternverbands (BEV)
- ein Organisator des Bildungstreiks

Schließt Euch zusammen für eine friedliche Welt ohne Krieg!



**Die Landesfachgruppe
Berufliche Schulen
der GEW Bayern**

**trifft sich zu ihrer Fachgruppen-Klausur
am 11./12. November 2011 in Nürnberg**

von Freitag 16.00 Uhr bis Samstag 14.00 Uhr
im Caritas-Pirckheimer-Haus, Königstr. 64, Nürnberg

Themen:

- **Fachkräftemangel und demographischer Wandel** – was bedeutet dies für die beruflichen Schulen? (mit Mario Patuzzi, DGB Bezirksjugendsekretär)
- **LEGO** – können wir eine bessere Entgeltordnung durchsetzen oder sollten wir andere Tarifschwerpunkte setzen?
- **Personalratswahlergebnisse** – welche Einschätzungen haben wir?
- **Bericht von der Bundesfachgruppe**
- **DQR** – wie ist der aktuelle Stand?

Achtung! Korrigierter Termin!

Arbeitsgruppe Berufsschulen

- **Ausbildungsstellensituation** – wo gibt es einen Mangel an Auszubildenden? Wo fehlen Ausbildungsplätze?
- **Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge** – welches schulische Angebot gibt es in den verschiedenen Städten?
- **Was uns auf den Nägeln brennt**

Arbeitsgruppe FOS/BOS

- **Erfahrungsaustausch**

Wegen der Übernachtung und des Essens
bitten wir um Anmeldung bei:
Erwin Saint Paul, Pfeuferstr. 20, 81373 München,
Tel. 0 89/4 48 86 72,
E-Mail: esaintpaul@mnet-online.de



**Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Stadtverband München**

- die münchener bildungsgewerkschaft -

**Mitgliederversammlung
Montag, 21.11.2011
19.00 Uhr Gewerkschaftshaus**

Tagesordnung:

Eröffnung • Berichte des Vorstandes • Aussprache und Entlastung des Vorstandes • Wahlen (Vorstand, Revision, Schiedskommission, Landesdelegierte) • Berichte • Diskussion • Anträge (Antragsschluss: 6.11.11) • Verschiedenes

Ende: spätestens 22.00 Uhr

Hauptthema:

Mitbestimmung

Berichte aus Betriebsrat, Personalrat und der MAV
– Widerstände, Erfolge, Vorhaben

Wer sich bis 6.11.11 anmeldet, bekommt vorhandene Anträge zugesandt.

GEW-Stadtverband München, Tel. 0 89-53 73 89

gew-sv-muenchen@link-m.de

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Bayern

Einladung an alle Interessierten zur Informationsveranstaltung



**Tarifrunde 2012:
TVöD und Entgeltordnung für Lehrkräfte**

am Samstag, 19.11.2011 10.30 Uhr bis 16.00 Uhr
in Nürnberg, DGB-Haus, Kornmarkt 5-7

mit **Peter Jonas**

Referent für BeamtInnen- und Tarifpolitik beim GEW-Hauptvorstand

nachmittags: Arbeitsgruppen mit der Möglichkeit zu persönlichen Fragen zum TVöD bzw. dem TV-L

Zur besseren Planung bitten wir um Anmeldung bis 15.11.11 an die GEW-Landesgeschäftsstelle: GEW Bayern
Tel. 0 89/54 40 81 16 • Fax: 0 89/5 38 94 87
E-Mail: susanne.glas@gew-bayern.de



Die **Fachschaftsinitiative (FSI)** an der EWF der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg



und die **GEW-Hochschulgruppe** an der FAU laden zu folgenden Kooperationsveranstaltungen ein:

- | | |
|--|--|
| <p>08.11.2011 Die Wilhelm-Löhe-Schule Nürnberg: Teufelszeug? Eine der wenigen Gesamtschulen Bayerns wird vorgestellt. Referentin: Martina Pastuszky EWF, U1.234, 17.30 Uhr</p> <p>19.11.2011 Großer Erste-Hilfe-Schein, Teil 1 Gemäß LPO I, zur Vorlage für das Staatsexamen. (Max. 20 TN) Mitglieder 19 EUR/andere 29 EUR</p> <p>21.11.2011 Studentenjob – Rechte und Pflichten als Studentin Referent: Jan Körper EWF, U1.029, 17.30 Uhr</p> <p>29.11.2011 Rechtsradikalismus Anmeldung erforderlich: GEW-Mittelfranken@nefkom.net EWF, U1.038, 17.30 Uhr</p> <p>05.12.2011 Schulrecht – was kommt auf mich zu? Rechtsfälle aus dem Alltag. Referent: Tino Dietl-Dinev EWF, 0.014, 17.30 Uhr</p> | <p>09.12.2011 Personenzentrierte Gesprächsführung Teil 1 Referent: Günther Schmidt-Falck EWF, U1.012, 15.45 - 18.00 Uhr</p> <p>10.12.2011 Großer Erste-Hilfe-Schein, Teil 2 Gemäß LPO I, zur Vorlage für das Staatsexamen. (Max. 20 TN) Mitglieder 19 EUR/andere 29 EUR</p> <p>13.12.2011 Heimlicher Lehrplan in der LehrerInnenbildung Referent: Joscha Falck EWF, U1.038, 17.30 Uhr</p> <p>17.12.2011 Personenzentrierte Gesprächsführung Teil 2 (s.o.) EWF, s. Aushang, 10.00 - 12.00 Uhr</p> <p>11.01.2012 Personenzentrierte Gesprächsführung Teil 3 (s.o.) EWF, U1.029, 15.45 - 18.00 Uhr</p> <p>24.01.2012 Smartboard im Schulalltag Möglichkeiten einer Unterrichtsstunde. Praxisdemonstration mit Werner Walk. EWF, St. Paul, 01.005, 17.30 Uhr</p> |
|--|--|

Nähere Informationen bei frank.eickelmann@gew-bayern.de, Tel.: 01 76-34 52 97 47

Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ...

Diese Treffen finden regelmäßig statt, nicht jedoch in den Ferienzeiten. Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an die DDS-Redaktion: Karin Just, GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München ☎ 0 89/51 00 91 02 • 0 89/5 38 94 87 • Karin.Just@gew-bayern.de

Ansbach Pädagogischer Stammtisch in regelmäßigen Abständen, Termine dazu und weitere Informationen: www.gew-ansbach.de
Kontakt: Günther Schmidt-Falck, ☎ 0 98 02/95 31 42

Aschaffenburg/Miltenberg Termine/Themen der Treffen siehe Aktionskalender auf www.gew-aschaffenburg.de
Kontakt: Reinhard Frankl, ☎ 0 60 95/99 50 49

Augsburg jeden 1. Schuldonnerstag im Monat offene Vorstandssitzung ab 19.30 Uhr im Augsburger GEW-Büro, Schaezlerstr. 13 1/2
Kontakt: Ulli Bahr, ☎ 08 21/51 45 02 (GEW-Nummer mit AB)

Bad Neustadt Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Wolfgang Büchner, ☎ 0 97 73/82 86

Bad Tölz/Wolfratshausen Offener Treff jeden 1. Donnerstag im Monat 20.00 Uhr, Ratsstuben Geretsried
Kontakt: Andreas Wagner, ☎ 0 81 71/96 56 05

Bamberg Termine/Themen der Treffen siehe: www.gew-oberfranken.de
Kontakt: Ernst Wilhelm, ☎ 09 51/6 78 88

Bayreuth jeden 1. Mittwoch oder 1. Donnerstag im Monat oder nach Ferien 20.00 Uhr Stammtisch u. Vorstands-Treff, Mann's Bräu, Friedrichstraße, Bayreuth
Kontakt: Ernst Friedlein, ☎ 0 92 01/5 90, Roland Dörfler, ☎ 09 21/9 26 55

Coburg jeden 2. Mittwoch im Monat, 20.00 Uhr, Gaststätte Loreley, Herrngasse, Coburg
Kontakt: Karl-Friedrich Schmucker, ☎ 0 95 61/79 92 13, gew-coburg@web.de

Donau-Ries/Dillingen mittwochs nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, wechselnd DGB-Haus Nördlingen oder Posthotel Traube Donauwörth
Kontakt: Hansjörg Schupp, ☎ 0 90 83/4 16, Fax: 0 90 83/9 10 78

Erding Stammtisch jeden dritten Donnerstag des Monats (außer Ferien) 19.30 Uhr beim Wirt in Riedersheim
Kontakt: Peter Caspari, ☎ 0 81 24/92 37, peter.caspari@t-online.de

Erlangen jeden Dienstag Sprechstunden von 17.30 -18.30 Uhr, Arbeitslosenberatung: Jeden 1. + 3. Mittwoch im Monat, 17.00 - 19.00 Uhr, Friedrichstr. 7
Kontakt: Hannes Henjes, ☎ 0 91 93/17 12, www.gew-erlangen.de

Forchheim jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr Vogelgässler, Vogelstr. 16
Kontakt: Andreas Hartmann, ☎ 0 91 91/70 24 32

Fürth jeden Freitag 13.20 Uhr, Gaststätte BAR, Gustavstraße
Kontakt: Gerhard Heydrich, ☎ 09 11/8 01 97 00

Ingolstadt erweiterte Vorstandssitzung jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Café/Bistro »Brezels«, Am Paradeplatz, Ingolstadt
Kontakt: L. Peter Thierschmann, ☎ 08 41/98 06 39

Kempten jeden 1. Dienstag im Monat
Kontakt: Doris Lauer, ☎ 08 31/2 79 10

Lindau Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Irene Mathias, ☎ 0 83 82/2 83 09

Main-Spessart Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Elfriede Jakob-Komianos, ☎ 0 93 52/57 68 oder Wolfgang Tröster, ☎ 0 93 53/81 81

Memmingen/Unterallgäu Termine auf Anfrage
Kontakt: Stefan Kohl, ☎ 0 83 31/8 31 92 81, gew-unterallgaeu@gmx.de

Mittelfranken AK Gewerkschaftlicher Durchblick jeden Dienstag 21.00 Uhr
Kontakt: Geschäftsstelle GEW Mittelfranken ☎ 09 11/6 58 90 10

München Fachgruppe Berufliche Schulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Joe Lammers, ☎ 0 89/3 08 82 43

München Fachgruppe Grund- und Hauptschulen Termine: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Jürgen Pöbnecker, ☎ 0 89/66 80 91

München Fachgruppe Gymnasien Termine auf Anfrage
Kontakt: Andreas Hofmann, andreas.hofmann@gew-bayern.de

München Fachgruppe Hochschule und Forschung Termin: Jeden 3. Montag im Monat, 19.00 - 21.00 Uhr
Kontakt: michael.bayer@gew-muenchen.de

München Fachgruppe Realschulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Heidi und Alexander Lungmus, fam.lungmus@t-online.de

München Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe Termine: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Wolfram Witte, ☎ 0 89/13 46 54

München Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, DGB-Haus
Programm: www.gew-muenchen.de

Kontakt: Bernd Englmann-Stegner, ☎ 0 89/49 68 81

München Lehramtskampagne an der Universität und GEW-Studierende
Kontakt: gew-la@stuve.uni-muenchen.de

München AK Personalräte und Vertrauensleute monatliche Treffen: Mittwoch 17.00 Uhr, DGB-Haus, Termine auf Anfrage
Kontakt: Hacki Münder, ☎ 0 89/4 48 39 16 und Franz Stapfner, ☎ 0 89/5 80 53 29

München Aktion Butterbrot Treffen im DGB-Haus, Termine: www.aktionbutterbrot.de
Kontakt: aktion-butterbrot@web.de

München Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: daniela.kern@ajum.de, ☎ 01 70/5 43 04 55

München AK »friedliche_Schule« 1. Schulmontag, 17.00 Uhr, DGB-Haus, Kontakt: StephanLip@web.de

Neumarkt/Oberpfalz Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, Plitvice
Kontakt: Sigi Schindler, ☎ 0 91 85/10 91

Neu-Ulm/Günzburg Treffen: monatlich, Termin auf Anfrage Gasthaus Lepple, Vöringen, oder Pizzeria Helfenstein, Ulm
Kontakt: Ulrich Embacher, ☎ 0 73 07/2 33 96

Nürnberg Fachgruppe Berufliche Schulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Reinhard Bell, ☎ 09 11/3 18 74 56

Nürnberg Fachgruppe Grund- und Hauptschulen Termine und Infos unter www.gew-nuernberg.de
Kontakt: Werner Reichel, ☎ 09 11/30 14 91

Nürnberg/Fürth FG Sonderpädagogische Berufe Mittelfranken Termine und Infos unter: www.gew-fachgruppe.de.vu
Kontakt: Stephan Stadlbauer, ☎ 09 11/7 36 03 10

Nürnberger Land Termine auf Anfrage
Kontakt: Hermann Hagel, ☎ 0 91 28/72 90 51

Pfaffenhofen jeden 2. Donnerstag im Monat 20.00 Uhr, Griechisches Restaurant Afrodite in Niederscheyern
Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 0 84 41/7 11 92

Regensburg jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.30 Uhr, Fontana, Gesandtenstr. 18
Kontakt: Peter Poth, ☎ 09 41/56 60 21

Regensburg gemeinsame Studierendengruppe GEW/ver.di alle zwei Wochen dienstags, genaue Termine unter: <http://shk.wie-studieren.de> oder <http://jugend-oberpfalz.verdi.de/studierende/studentengruppe>
Kontakt: Jan Bundesmann, jan.bundesmann@gmx.de

Rosenheim/Kolbermoor jeden 3. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, Pizzeria Milano/Zum Marais in Kolbermoor
Kontakt: Andreas Salomon, ☎ 0 80 31/9 51 57, www.gew-rosenheim.de

Schweinfurt jeden 2. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr
Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 0 97 21/18 69 36

Selb jeden 1. Schulmontag im Monat, 20.00 Uhr, Golden Inn, Bahnhofstraße
Kontakt: Fred Leidenberger, ☎ 0 92 53/12 21

Starnberg jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.30 Uhr, Herrsching, KommHer, Luitpoldstraße, alte Volksschule
Kontakt: Werner Siegl, ☎ 0 81 52/35 06

Sulzbach-Rosenberg jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr Gaststätte Sperber
Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 0 96 61/77 55

Weiden jeden 1. Schulmontag im Monat, 19.30 Uhr, Gaststätte Naber, Ackerstr. 20, gew_wen-new-tir@gmx.de
Kontakt: Richard Dütsch, ☎ 09 61/6 34 39 34

Weißenburg (Mfr.) jeden 1. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr Casino
Kontakt: Harald Dösel, ☎ 0 91 41/90 10 36

Würzburg jeden 2. Mittwoch (ab 1. Schulmittwoch nach Ferien), 20.00 Uhr, Altdeutsche Weinstube
Kontakt: Walter Feineis, ☎ 09 31/4 03 91